

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. März 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

Militärkonflikt?

Im Reichspalast wirbeln heut Auflösungsgerüchte von Gruppe zu Gruppe. Einige Herren, die etwas wissen können, versicherten mit hochgezogenen Brauen und geheimnisvollem Raunen: Es ist etwas im Werke — die Situation ist wirklich sehr ernst — an „höchster Stelle“ herrscht Unwille über die Beschlüsse der Budgetkommission!

Man sieht der Dienstagstimmung mit größter Spannung entgegen. Alle Parteien haben ihre Mannschaften herbeitelegraphiert. Mannigfache Kombinationen, wie die Abstimmungen ausfallen werden, ob schon am Dienstag oder am Mittwoch die entscheidende Abstimmung über die Infanterievermehrung fallen wird, was die Regierung alsdann thun wird, werden ausgeklügelt.

Man wirft den Auflösungsverläumdungen ein: Aber der Kriegsminister hat doch in der Kommission die Sache nicht so tragisch genommen. Das ist es ja gerade — erwidern jene —, der Kriegsminister hat den Braten verborben, er soll springen. Und mit ihm vielleicht der Reichskanzler, der vorsichtige Alte, der vor Festigkeiten schreit und vor Konflikten warnt. Ja selbst der „oben“ so beliebte Bülow, der eine extreme Politik verweist, könnte insanken geraten.

Wer aber steckt hinter der Gai? Kein anderer als der Mann im Kasanienwäldchen, der Liebling der Agrarier, Herr v. Miquel. Miquel winkt und die ganze agrarische Meute schießt laut bellend hervor, häßt wider die Launen der Regierung, die nicht alle ihre Wünsche erfüllen, wider den Kanzler, wider den verhassten Schatzsekretär, wider den Staatssekretär des Auswärtigen.

Und zugleich geht es gegen das Zentrum. Diese Partei hat zwar jede Spur von Demokratie und Volkinteressenwahrung weit hinter sich gelassen, hat Marine- und Militärforderungen sonder Zahl bewilligt, hat sich als regierungswürdig und vollgültiger Ersatz des absterbenden Nationalliberalismus erwiesen — aber den Agrariern und Nationalliberalen locht doch das Innerste von Groll, daß diese Partei den Ausschlag giebt in allen großen parlamentarischen Fragen. Welch' edles Ziel, das Zentrum aus dieser Stellung zu verjagen! Und wie gern lauscht man an gewissen Stellen der Regierung dem Hohnot gegen das Zentrum, denn auch die Regierung läßt sich beschwern durch die Allmacht des Zentrums, das immerhin nicht ganz so leicht zu handhaben, wie die Kartelparteien seligen Andenkens.

Zu alledem der Unwille des Kaisers, daß ein Theil der Militärforderungen nicht bewilligt werden soll!

So erklärt sich die Spannung der Gemüther. Man möchte etwas unternehmen. Man droht. Aber wird man etwas wagen?

Selbsttäuschung und politische Unflughheit müßte innerhalb der Regierung über alles übliche Maß hinaus zur Macht gelangen, wenn sie es wegen der 7000 Mann Infanterie auf eine Auflösung des Reichstags ankommen lassen wollte. Dem Zentrum würde eine überaus günstige Situation geschenkt werden; seine Volksverrätherien würden mit dem Glorienschein der Volkstümmlichkeit gekrönt werden und kein einziges Mandat würde ihm im Wahlkampf abgenommen werden. Und die Linke, insbesondere die Sozialdemokratie, würde nur gewinnen und zwar in sehr hohem Maße, wenn die Regierung jetzt an die Wähler appelliren wollte. Niemand im Volke würde diese Auflösung vermissen und der Sitzadruß würde unter homerischem Lachen des ganzen deutschen Wählerkums eine Niederlage erleben schwerer denn je.

Oder will man etwa die Niederlage? Will die Regierung noch höher hinaus? Will man durch die Niederlage beweisen, daß mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nicht zu regieren ist? Glauben die Scharfmacher um Stumm ihre Stunde gekommen? Fürchtet man, daß dieser Reichstag doch nicht so leicht jegliches Nachhausegesetz exportiren wird? Einnt man auf Wahlrechtsfürzung?

Wohlan, das deutsche Volk kennt die Wohlthaten, mit dem es die Reaktion beglücken will. Das deutsche Volk würde eine Wahltschlacht schlagen, deren Ausgang jede Lust zum Staatsstreich, zum Umsturz von oben auslöschen müßte.

Am bemerkenswertheiten scheint uns der Eifer, mit dem die Agrarier und die Scharfmacher zum Militärkonflikt hegen. Sie scheinen in der That aus ihrer jetzigen Lage heraus zu wollen. Die heutige Intimität mit England und Amerika ist ihnen verhasst. Dahinter wittern sie politische und wirtschaftliche Gefahren. Die westliche Demokratie fürchten sie eben so sehr, wie sie die transatlantischen Schidläse und Krisimen lieben. Dieser Reichstag hat über die Handelsverträge zu bestimmen. Die leitende auswärtige Politik leidet mit der verhassten Konkurrenz. Da drohen für die Agrarier Gefahren. Sie suchen also zeitig, einer zweiten Caprivivera vorzubeugen. Sie haben Ursache, konsilts Lüste zu sein, ebenso wie die Wahlrechtsfeinde.

Aber wird man in der Regierung konsilts m utzig sein?

Das Kriegsbudget in der französischen Kammer.

Paris, 12. März.
 Die Zeiten scheinen vorbei zu sein, wo das Kriegsbudget in der französischen Kammer vor lauter „patriotischer“ Ehrfurcht so zu sagen, blindlings und schweigend votirt wurde. Die fortwährenden Neuformulirungen werden zwar, wie das in der Ära der internationalen Betrüstungen selbstverständlich ist, unermüdlich bewilligt, aber die parlamentarische Behandlung des Kriegsbudgets wird von Jahr zu Jahr erster. Die Berichte der Budgetkommission und die Debatten rücken der Militärverwaltung immer energischer

auf den Leib. Der jahrzehntelange tatsächliche Mangel an jeder parlamentarischen Kontrolle hatte zu einer Mißwirtschaft geführt, die schließlich den militärfrommsten Politikern die Augen öffnen mußte. Die antimilitaristische Agitation im Gefolge der Dreifus-Affäre hat dann an ihrem Theil sehr viel dazu beigetragen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Selbstherrlichkeit der militärischen Bureaucratie zu lenken.

Die Aufdeckung der Mißstände in der französischen Militärverwaltung bietet ein allgemeineres internationales Interesse, indem dadurch die anderwärts aus den französischen Rüstungen hergeleiteten Argumente für die eigenen Rüstungen entsprechend an Beweisraft verlieren. Ist auch die Landheer-Verwaltung Frankreichs weniger mangelhaft als die Marine-Verwaltung, so ist doch auch dort der Abstand zwischen den auf dem Papier stehenden Zahlen und der Wirklichkeit erheblich genug.

Vom internationalen Standpunkt ist besonders erwähnenswerth die in der diesjährigen Kriegsbudget-Debatte eingehend behandelte Frage der Präsenzstärke.

Der General- Berichterhalter des Budgets, der Finanzdirektor Camille Pelletan, hatte schon in seinem allgemeinen Exposé die scheinbare Erhöhung des Effektivebestandes scharf kritisiert. Er lieferte den Nachweis, daß im Jahrgang 1893 nicht weniger als 15 000 kränkliche, dienstuntaugliche Rekruten in die Armee eingereicht wurden — ohne jeden Nutzen für den militärischen Zweck, einzig um beträchtlichere Kräfte auf Papier zu legen, um den Effektivebestand scheinbar zu erhöhen. Auf diese Weise soll ohne Zweifel die Vermehrung der Kadres und des Generalstabs- Personals gerechtfertigt werden. Ich würde lieber die Kanonen als die Generale vermehrt wissen. Die dann auf Verlangen der Budgetkommission gegen den Mißbrauch erlassenen ministeriellen Rundschreiben sind unbeachtet geblieben. Der Prozentsatz der Untauglichen bleibt in den letzten Jahren nach wie vor regelmäßig um 5 pCt. niedriger als früher (30 gegen 35 pCt.). Die Folge davon ist eine Geldverschwendung nicht nur für die gewöhnliche Verpflegung des militärisch nutzlosen Mehrbestandes, sondern auch noch für die Spitalkosten.

Der radikale Abgeordnete Aimond zog einen detaillirten Vergleich zwischen der französischen und der deutschen Präsenzstärke. Danach steht Frankreich für das Jahr 1899 mit seinem Effektivebestand von 581 000 Mann hinter Deutschland um 20 000 Mann zurück. Im Kriegsjahr wäre Frankreich noch ungünstiger gestellt, da in seinem Effektivebestand die in Algerien und Tunis stationirten Truppen, 70 000 Mann, eingerechnet sind und es sehr zweifelhaft erscheint, ob diese Truppen rechtzeitig Verwendung finden. Dieser Umstand hat beinahe den Plan einer besonderen Kolonialarmee ins Leben gerufen, welche vornehmlich aus den Eingeborenen zu bilden wäre. Alles in allem schlägt Aimond die wirkliche Ueberlegenheit Deutschlands auf 90 000 Mann an — und das wohlgemerkt, ohne Berücksichtigung der neuesten deutschen Militärvorlage.

Doch das sind nur Bruttozahlen. Zieht man den militärischen Werth des Effektivebestandes in Betracht, so tritt Deutschlands Ueberlegenheit noch drastischer hervor. In der Infanterie zählt Frankreich 308 000, dem gegenüber 385 000 in Deutschland, in der Artillerie 77 000 gegen 82 000, im Genie- und Pionir- Korps 12 900 gegen 20 900 und nur in der Kavallerie 71 775 gegen 67 000. Insgesamt zählt also Frankreich in seinen Kampftropfen rund 27 000 Mann weniger, während sein gesammter Effektivebestand (einschließlich Algerien und Tunis) um 20 000 Mann niedriger ist. Diese Differenz erklärt sich aus dem Ueberwuchern der administrativen Truppenteile, die in Frankreich 7 pCt. des Effektivebestandes bilden gegenüber 4 pCt. in Deutschland.

Dieselben Verhältnisse zeigt der Vergleich zwischen dem französischen und deutschen Offizierkorps. Es giebt insgesamt 28 863 französische Offiziere gegen 31 420 deutsche, macht ein Mehr von 2567 Offizieren für Deutschland. Dagegen besitzt Deutschland in seinen Kampftropfen allein ca. 4000 Offiziere mehr — wiederum wegen der unmäßigen Ausdehnung des Verwaltungswesens in der französischen Armee.

Die finanzielle Folge davon ist abermals eine weitere Geldverschwendung für die sogenannten „Dienst- und Bureaufkosten“, die mit der Landesverteidigung nichts gemein haben und in Wirklichkeit in die Taschen der ohnehin fettbezahlten Militärbeamten fliegen. Hierüber heißt es im Bericht des gut bourgeoisen Berichterhalters, des Kriegsbudgets, Vondenoot: „Die Dienstkosten für die Generale umfassen die Bureaufkosten und das, was man ehemals Repräsentationskosten nannte. Gegenwärtig werden sie als ein Bestandteil des Solbes betrachtet und folglich auch dann verrechnet, wenn man nicht repräsentirt, insbesondere in Paris.“ Der radikale Abgeordnete Gony durfte konstatiren, ohne Widerspruch zu erregen, daß der Berichterhalter des Kriegsbudgets bei all' seiner allseitig anerkannten Sachkenntniß nicht im Stande wäre, die Frage zu beantworten: „Wie groß sind die Einkünfte eines Divisionsgenerals in Paris?“

Das spricht Bände. Dergleichen sagte Pelletan, er kenne sehr gut das deutsche, englische, österreichische Kriegsbudget, es sei ihm aber nicht gelungen, das — absichtlich verwohrne und vage — französische Kriegsbudget zu begreifen.

Die Ausführungen des Abg. Aimond über die Präsenzstärke wurden vom Kriegsminister Freycinet als richtig anerkannt. Nur suchte er den Eindruck mit den obligaten optimistischen Redensarten abzumildern. Das einzig interessante an seiner Rede ist die kategorische Erklärung, daß Frankreich wegen des Bevölkerungs-Stillstandes nicht daran denken könne, in Bezug auf die Zahl mit Deutschland zu konkurriren. Es gelte daher „die Quantität durch die Qualität zu ersetzen“.

Die sozialistische Partei, die allein den Militarismus prinzipiell bekämpft, griff in die Generaldebatte ein mit einer ausgezeichneten Milizrede des Genossen Edouard Vaillant. Es ist die erste diesen Gegenstand ausführlich behandelnde Rede in der französischen Kammer.

Unser Genosse begann mit einem zeitgemäßen Hinweis auf die politische Situation Frankreichs: „Wir leiden in diesem Augenblick an einer akuten militärischen Krise. Es ist klar, daß entweder der Militarismus die Republik tödten oder die Republik den Militarismus ausmerzen und ihn — für den Anfang — zu ihrem Heil der Zivilgewalt unterordnen wird.“ Die Abschaffung des Militarismus sei nur auf dem Wege der Miliz möglich. Vaillant definierte die

Miliz, wie sie von der internationalen Sozialdemokratie verstanden wird, als die „Identität des Bürgers und des Soldaten. Die Armee steht dann nicht mehr der Nation gegenüber, sondern bildet mit ihr eine Einheit. Die stehenden Armeen sind vorzugsweise das Regierungswerkzeug einer Dynastie oder einer herrschenden Klasse. In der Miliz giebt es dagegen keine Scheidung zwischen Volk und Armee und daher auch nicht die Demung eines bewaffneten Theiles des Volkes zur Anechtung des gesammten Volkes.“ Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der Miliz ist die Vereinheitlichung der zivilen und militärischen Funktionen. Der Milizmann ist für keinen Augenblick vom bürgerlichen Leben abgeschnitten. Die Kaserne verschwindet. Die militärischen Übungen finden statt am Wohnorte der Bürger.

Die technischen Mittel zur Herbeiführung der Miliz sind: die allmähliche Herabsetzung der Dienstzeit und die militärische Ausbildung der Jugend.

Hervorzuheben ist noch die Meinung Vaillant's, daß Frankreich am ehesten im Stande wäre, an die Umbildung der Miliz zu gehen, selbst aus eigener Initiative, ohne vorheriges internationales Abkommen. Die unerläßliche und erwünschte Bedingung dafür sei eine „entschieden republikanische und ausschließlich defensive Politik. Wir wären dadurch vor einer Invasion gefeit. Da wir niemand mit Eroberungen drohten, hätten wir nichts zu fürchten. Ja, die Freundschaft aller Völker wäre uns gesichert.“

Zu einer Milizdebatte ist es nicht gekommen. Die bürgerlichen Redner begnügten sich mit einigen belläufigen Redensarten über die „akademische“ Frage. Es wird aber ihnen eine solche Debatte nicht erspart bleiben, und zwar bei Verathung des von Vaillant und Genossen eingebrachten Milizentwurfs.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Reichstag.

Nachdem der Reichstag am Montag den Etat des Auswärtigen Amtes erledigt hatte, behandelte er in zweiter Lesung den Antrag Nicker betreffs Sicherung des Wahlgheimnisses. Unser Parteigenosse Herzfeld ergriff diese Gelegenheit, um zahlreiche gröblichste Wahlrechts- Beeinflussungen im Lande des Osefenkopfs-Bappens zur Sprache zu bringen. Er zeigte, wie in Mecklenburg, seitdem die Sozialdemokratie dort in schnellem Vormarck den alten Parteien gefährlich geworden, die Behörden bemüht sind, reichsgesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit und der Wahlvorbereitung durch landesgesetzliche Bestimmungen, Verwaltungsverordnungen und Gesetzesauslegungen mannigfacher Art zu durchbrechen. Er kritisierte in wirkungsvoller Weise das neue Sonntagsruhe Gesetz, das angeblich aus religiösen Motiven entsprungen sei, in Wahrheit aber nur ein Stumpfmittel gegen die Sozialdemokratie darstellte. Zwei konservative Herren machten ihrem heimischen Wappens alle Ehre, indem sie bei dem Wunsch, die gerügten Vorkommnisse zu verteidigen, die Ungesetzlichkeit derselben selbst zugaben, aber sie für lobenswerth erklärten, weil sie gegen die Sozialdemokratie gerichtet seien. Gegen diese Auffassung wandten sich Abg. Bachem und Abg. Pachnicke, deren konservativen Herren vorhielt, daß durch derartige Polizeigesetze und Ausnahmebestimmungen die Sozialdemokratie nicht geschädigt werden würde. Von der süddeutschen Volkspartei beauftragte Abg. Friedrich Hausmann und von den Elßässern Abg. Wetterlé den Antrag Nicker, der schließlich mit erheblicher Mehrheit angenommen wurde.

Ein Antrag v. Heyl-Herrnsheim auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen wurde angenommen, der antimilitärische Schädigantrag von der Tagesordnung abgesetzt. Schließlich wurden eine Anzahl zum Theil wichtiger Petitionen behandelt, die das Haus zumeist dem Reichskanzler als Material überwies.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Verathung des Kultus- etats fort und erledigte, da die Debatte wieder in allerlei neben- sächliche Fragen auslief, noch nicht einmal das Kapitel „Höhere Lehranstalten“. Die meisten der in der Diskussion angeregten Fragen sind rein technischer Natur. Von Wichtigkeit ist nur die entgegenkommende Haltung, die die Regierung dem Wunsch auf Zulassung der Realgymnasial- Abiturienten zum Studium der Medizin bewies, sowie eine mit großer Aufmerksamkeit vom ganzen Hause aufgenommene Rede des Abg. Dr. Virchow über den Rückgang der Allgemeinbildung unter der studirenden Jugend.

Morgen: Fortsetzung und kleinere Vorlagen.

Deutsches Reich.

Indien gegen die Zuderprämien.

Unsere Liebesgaben-Empfänger werden recht erstaunte Gesichter machen, daß ihnen mit einem Male Gefahr von einer Seite droht, über deren Kampflust sie zuletzt gern spotteten.

Die konservative englische Regierung, unter Führung Chamberlains, ließungelte vor einem Jahre von neuem mit der Forderung, Ausgleichszölle gegen den subventionirten indischen Zuder zu schaffen. Man wollte, soweit es irgend ging, den tropischen Kolonien zu Hilfe kommen, deren Zuderrohrplantagen immer mehr dem Ruin entgegen- gingen. Das englische Konsumenteninteresse an billigem Zuder zum unmittelbaren Verzehr und zur Distill- und Zambifikation erwies sich schließlich jedoch härter als das Interesse am Profit des Kolonialkapitals. In England selber ist man so wieder still geworden.

Aber man versäht über die indische Zollverwaltung. Auch in Indien soll der Ausfuhrprämien-Zuder einen härteren Absatz sich verschaffen, und hier verlegt er nicht nur die Produktionsinteressen

der unzähligen Kleinbauern, die ihr Ruderrohr pflanzen und ihr Erzeugnis ganz oder zum Teil verkaufen, er schmälert auch die Einnahme der Staatskassen an Versteigerungs- und Transportgebühren im Innern, er bedroht die Eingänge an Landsteuer und anderen Abgaben. Die indischen Handelskammern, mit Ausnahme der von Bombay, haben daher, nach einer eingehenden Umfrage in ihren Bezirken, Zuschlüsse für den Prämienzweck verlangt. Noch vor wenigen Tagen erklärte der Staatssekretär für Indien im Unterhaus, er wisse bisher nicht, wie sich die indische Regierung zu der Forderung stellen werde. Am Freitag meldete Reuters Bureau, daß dem gesetzgebenden Rathe zu Kalkutta die Vorlage zur Einführung eines Motorfahrzeuggesetzes bereits zugegangen sei. Sie soll sich vollständig an das amerikanische Vorbild anlehnen.

Ueber das schließliche Ergebnis dieses Vorgehens läßt sich natürlich heute nichts Bestimmtes sagen. Wir begrüßen aber auch diesen Schritt, den Widerstand der Ausfuhrprämien vor aller Welt als absurdum zu führen, mit Freuden. Der deutsche Steuerzahler läßt sich freilich viel gefallen. Aber daß er der Forderung der Millionen mit auf den Weg geben soll, damit drüben in Amerika und Indien die Zollverwaltungen und die Millionen Schmutzland wieder abknöpfen — dazu ist der Deutsche doch nicht genug blöder konservativer Hödur.

Die berühmte Fingigkeit der Post ist in einem hervorragenden Fall kläglich gescheitert. Die Befähigung des Bürgermeisters Kirchner, die in der That erfolgt sein soll, ist bisher nicht beim Adressaten eingetroffen.

Kunstreue der preussischen Verfassung in Holstein. Aus Wien wird uns geschrieben:

Am 19. März d. J. sollte hier von national-sozialer Seite eine Versammlung abgehalten werden, in welcher Herr Wohlmann-Berlin über das Thema referieren wollte: „Deutsche Welt- und Handelspolitik“. Die nun heute Morgen der betr. Kirch die Versammlung polizeilich anmelde, wurde dieselbe aus dem Grunde verboten, weil in Wien öffentliche politische Versammlungen nicht mehr abgehalten werden dürfen.

Hoffentlich wird der betr. Bürgermeister oder Landrat, von dem die Maßregel ausgeht mag, von der zuständigen Behörde darüber belehrt, daß in Holstein die preussische Verfassung und das preussische Vereinsgesetz noch nicht suspendiert sind.

Zum Fleischbeschauengesetz nahm der am Sonntag in Berlin tagende Allgemeine deutsche Fleischereitag Stellung. Im Anschluß an die Verhandlungen, denen 120 Delegierte und verschiedene agrarische Reichstags-Abgeordnete u. A. Herr Hahn, beizuhören, wurden folgende 3 Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Der „Allgemeine deutsche Fleischereitag“ erklärt, daß es für Wurstwaren und sonstige im zerstücktem Zustande zur Einführung gelangende Fleischwaren keine zuverlässige Untersuchung giebt. Er bittet die Regierung, den Verkäufer von der gesetzlichen und moralischen Verantwortlichkeit zu befreien, solche Fleischwaren nach einer höchst zweifelhaften, vom Zufall abhängigen Untersuchung als für die menschliche Nahrung geeignet erklären zu müssen, indem sie die Einführung derartiger Fleischwaren verbietet.

2. Der „A. d. F.“ erklärt sich in Hinblick darauf, daß der Trichinenzucht in vielen Bundesstaaten und Provinzen bereits besteht und somit zu einer erneuten Auflage für die Landwirtschaft nicht werden kann, die Trichinenschau der zum Hausgebrauch geschlachteten Schweine oder nach sanitären Begriffen nicht minder notwendig ist, als die der gewerbmäßig geschlachteten Schweine, ferner eine allgemeine Fleischschau alles, auch des zum Hausgebrauch geschlachteten Viehs, mit Rücksicht auf die ständige Weiterentwicklung der Tuberkulose und Seuche dringend erforderlich ist, für die Streichung des § 2 des Gesetzesentwurfs und sinngemäße Änderung des § 8 umso mehr, als die Einbeziehung der Hauschlachtung unter die Beschau die wirtschaftliche Lage der Fleischbeschauer wesentlich zu verbessern geeignet ist und ermöglicht, daß sich ältere Fleischbeschauer lediglich der Trichinenschau widmen können.

3. Den heute als Repräsentanten der deutschen Fleischbeschauer auf dem „A. d. F.“ versammelten Fleischbeschauern erscheint die Stellung eines Beamten als Fleischbeschauer bei Wärendenversteigerung zu sein und bitten die Regierung um Verleihung dieser Stellung. Ferner bitten sie, im Fleischbeschau-Gesetze die rechtliche Stellung genau anzugeben und festzusetzen.

Eduard Bernstein's „Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“.

Nach dem Stuttgarter Parteitage wurde von verschiedenen Seiten dem Verfassenden nahe gelegt, er möge seine von den herkömmlichen Partei-Auffassungen abweichenden Anschauungen zusammenfassend darstellen. Bernstein folgt diesem Wunsche und legt der Partei in einer fast 100 Seiten umfassenden, bei Dieck erschienenen Schrift unter obigem Titel die Ansichten dar, die sich während seines zehnjährigen Aufenthaltes in England allmählich in ihm besetzt haben und deren Mittheilung, wie Bernstein im Vorwort sagt, den Zweck verfolgt, „durch Bekämpfung der Reife utopistischen Denkweise in der sozialistischen Theorie das realistische wie das idealistische Element in der sozialistischen Bewegung gleichmäßig zu stärken.“

Wir werden alsbald eine kritische Würdigung der Bernstein'schen Schrift aus Kautsky's Feder bringen. Im Nachfolgenden geben wir eine Uebersicht über ihren Inhalt.

Bernstein behandelt in vier Kapiteln: Die grundlegenden Sätze des marxistischen Sozialismus; der Marxismus und die Hegel'sche Dialektik; die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft; die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialdemokratie. Ein Schlussabschnitt behandelt: Entzweiung und Bewegung.

1. Beschäftigt sich zunächst mit dem Grundsatz des Marxismus, der materialistischen Geschichtstheorie. Diese Theorie habe in den Schriften von Marx und Engels selbst eine Entwicklung durchgemacht. Ursprünglich haben Marx und Engels den nicht ökonomischen Faktoren eine viel geringere Mitwirkung bei der Entwicklung der Gesellschaften zuerkannt, als in späteren Schriften. Es sei nötig, neben der Entwicklung und dem Einfluß der Produktionskräfte und Produktionsverhältnisse den Rechts- und Moralbegriffen, den geschichtlichen und religiösen Traditionen jeder Epoche, den geographischen und Natureinflüssen u. s. f. volle Rechnung zu tragen. Hieraus wird gefolgert, daß eine rasche Wandlung der Menschennatur selbst von größerem Eigenthumsumwälzungen kaum zu erwarten ist, daß aber auch andererseits statt einer absoluten Abhängigkeit der Menschen von den ökonomischen Mächten sich die Möglichkeit einer Leitung der ökonomischen Entwicklung in erhöhtem Maße eröffnet.

2. Hängt sodann in 2. Kapitel die Marx'sche Lehre vom Klassenkampf, von der Zuspitzung der Klassengegensätze, der Zentralisation der Kapitalisten, der zunehmenden Proletarisierung der Massen bis zu dem Punkte, wo das Kapitalmonopol mit der Produktionsweise, wo die Vergegesellschaftung der Arbeit mit ihrer kapitalistischen Hölle unverträglich werden und die Expropriation der Expropriateure erfolgen muß. Diese Lehre beruht auf Anteaution der Hegel'schen Dialektik, des Grundgedankens, daß alles sich in Gegenätzen entwickle, die sich alsdann in höherer Einheit auflösen und angleichen. Durch das hegelianisch konstruirte Entwicklungsschema wurde Marx nicht nur dazu verführt, eine ökonomische und soziale Entwicklung, die kaum noch die ersten Profilen gezeichnet hatte, in rein spekulativer Vorwegnahme als ausgereift anzunehmen, sondern auch zu dem viel schlimmeren „Wunderglauben an die schöpferische Kraft der

Das Erziehungsrecht der Eltern und die Nationalitätspolitik. Im schleswig'schen Ausweisungsbereich wird befanntlich auch mit Entziehung der Elternrechte gegen „dänisch-gestimmte“ vorgegangen. Die angerufenen höheren Gerichte haben sich allerdings auf einen vernünftigeren Standpunkt gestellt. In der Begründung des landgerichtlichen Erkenntnisses in der Frage der Entziehung des Elternrechtes, die durch den Amtsrichter Hahn in Nordburg gegen den dänisch-gestimmten Hofbesitzer Clausen-Klingberg verfaßt war, heißt es:

Nach § 28 des Vormundschafts-gesetzes kann nur der Mutter aus schwerwiegenden Gründen die Erziehung ihrer unmündigen Kinder entzogen werden. Innerhalb des Geltungsbereichs des „Itälischen Gesetzes“ und des römischen Rechts kann dies freilich auch dem Vater gegenüber geschehen, aber die Gründe müssen nach dem Kammergericht's Erkenntnis vom 7. Juni 1892 so erheblich sein, daß sie den Vater völlig unzulänglich erscheinen lassen, die Kinder zu erziehen. Das die Grenzen derart gezogen werden müssen, geht aus der Thatsache hervor, daß namentlich in den unteren Schichten der Bevölkerung die Zahl derjenigen, die auch nur einigermaßen den Forderungen einer tadellosen Erziehung genügen, sehr gering ist. Es würde deshalb große Bedenken hervorgerufen, wenn das Vormundschaftsgericht berechtigt sei, dem Vater das Erziehungsrecht aus anderen denn sehr schwerwiegenden Gründen zu nehmen. Aus der Thatsache, daß Clausen seine Tochter auf eine dänische Hochschule geschickt hat, läßt sich nicht gefolgert werden, daß er völlig unzulänglich sei, seine Kinder zu erziehen.

Trotzdem, so muß allerdings hinzugefügt werden, fährt Amtsrichter Hahn fort, den Vätern seines Bezirks das Recht der Erziehung ihrer Kinder zu nehmen. Eine endgültige Entscheidung des Kammergerichts bleibt zu erwarten.

Landwirtschaft ohne Nothstand. Man schreibt uns aus Baden: Im badischen Gauerland fand dieser Tage eine Bauernhochzeit statt, bei der man auf einige Stunden der schrecklichen Drangsal der Landwirtschaft vergessen konnte. Braut und Bräutigam gehörten den „besseren“ Bauernfamilien des kleinen Dorfes Oelsbosen an, das im Bezirksamte Neßl liegt und zum Landstädtchen Kork eingepfarrt ist. 300 Personen, nahezu die ganze Gemeinde, begaben sich auf etwa 30 Wagen zur kirchlichen Feier nach dem sehr nahe gelegenen Kork. Dann wurde mit der Aufzehrung der bereit gehaltenen gastronomischen Vorräthe begonnen, als da waren: 2000 Liter Wein, 200 Laib Brot, 8 Schweine und 3 Rinder. — Die Leute werden ja vorläufig noch nicht am landwirtschaftlichen Nothstand zu Grunde gehen.

Amnestie in Bayern. Aus München wird gemeldet: Aus Anlaß seines diesjährigen Geburtsfestes und der damit zusammenfallenden Säcularfeier der Linie Zweibrücken - Birkenfeld des Hauses Wittelsbach beabsichtigt der Prinz-Regent, einer großen Anzahl verurtheilter Personen Amnestie zu gewähren.

Freizügigkeit der Landarbeiter. Der deutsche Landwirtschaftsrath hatte sich für die Beibehaltung der Freizügigkeit für jugendliche Landarbeiter ausgesprochen. Der bayerische Landwirtschaftsrath hat es nach dem „Wochenbl.“ des Landw. Vereins in Bayern, abgelehnt, diesem Beschlusse sich anzuschließen.

Aufhebung der Beamtenkautionen. Die Verwaltung der Pfälzischen Eisenbahnen ist dem Beispiele der Reichspost- und bayerischen Finanzverwaltung u. s. w. gefolgt, die Kautionspflicht ihrer Beamten aufzuheben. Demgemäß werden die von den Beamten gestellten Kautionsbeträge in nächster Zeit an diese zurückbezahlt.

Dresden, 18. März. (Fig. Ver.) Die sächsische Staats-Eisenbahnverwaltung reformirt auch unter der neuen Leitung in der bekanntesten Weise nach rückwärts weiter. So ist jetzt eine Verordnung erlassen worden, nach welcher alle Hilfsweichensteller, Hilfsbahnsteigelschaffner, Vorarbeiter u. s. w., die früher einmal irgend eine gerichtliche oder Polizeistrafe erlitten haben, von ihrem Posten entfernt werden. Man fragt gar nicht danach, daß Leute darunter sind, die ihren Posten schon ein Dutzend Jahre in der pflichtlichsten und gewissenhaftesten Weise ausgefüllt haben. Freilich ist man so gnädig, die Betroffenen nicht zu entlassen, sondern sie sollen als Wagenpuffer, Wagenshüter &c. verwendet werden. Das bedeutet aber für jene Leute, ganz abgesehen von der rückwärtigen Verletzung ihrer moralischen Empfindungen, eine materielle Verschlechterung ihrer Lage. So gehen

„Gewalt“ Marx sei nicht völlig frei geworden von Platonismus, d. h. von der Theorie: Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat mittels gewaltthätiger Expropriation. Die Lehre von der Oekonomie als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung und die Lehre von der gewaltthätigen Eroberung der politischen Macht hängen mit einander in Widerspruch. Zwar habe Engels in seinem politischen Testament, dem Vorwort zu den „Klassenkämpfen“, die Idee der Eroberung der politischen Macht durch revolutionäre Ueberwälzungen zurückgewiesen, aber die Formel „Aneignung der Produktions- und Austauschmittel“ bleibt auch da bestehen; „nur das Wie der Gewinnung der politischen Macht wird revidirt, betreffs der ökonomischen Ausnützungsmöglichkeiten der politischen Macht bleibt es bei der alten von 1793 und 1796 ankämpfenden Lehre.“

Kapitel 8 behandelt „Die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft“. Ueber den Abschnitt a des Kapitels, der über die Bedeutung der Marx'schen Werth- und Mehrwerththeorie spricht, können wir hier hinweggehen. Abschnitt b behandelt „Die Einkommensbewegung in der modernen Gesellschaft“. Die Marx'sche Schilderung der Entwicklungsart der kapitalistischen Gesellschaft — Fall der Profitrate, Ueberproduktion, Krisen, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Steigerung der Mehrwerthrate — enthält nichts Neues, sei aber unvollständig. Faktoren, die einschränkend wirken, werden mehr oder weniger vernachlässigt. So würde die Form der Aktiengesellschaft der Tendenz der Vermögenszentralisation durch Betriebszentralisation in sehr bedeutendem Maße entgegen. Die Zahl der Besitzenden sei nicht gefallen, sondern absolut und relativ gewachsen. Die Gliederung der Gesellschaft hat sich nicht vereinfacht, sondern sowohl was die Einkommenshöhe als was die Berufstätigkeiten betrifft, in hohem Grade abgestuft und differenzirt. Sollte die Arbeiterklasse darauf warten, bis das „Kapital“ die Mittelklassen aus der Welt geschafft hat, so könnte sie einen langen Schlaf thun. In Abschnitt c will Bernstein an der Hand der Statistik nachweisen, daß die Mittel- und Kleinbetriebe nicht so leicht und nicht so schnell von den Großbetrieben aufgesogen werden, wie man gewöhnlich glaube. In vielen Gewerbszweigen erweitern sich kleinere und mittlere Betriebe neben den Großbetrieben als durchaus lebensfähig. Es gebe auch in der Industrie keine Entwicklung nach einer für alle Gewerbe gleichmäßigen Schablone. Ähnlich sei es im Handel; der Großbetrieb vermöge nicht den Kleinbetrieb, sondern wächst neben ihm in die Höhe. Noch weniger ist eine Bewegung zum Großbetriebe in der Landwirtschaft festzustellen.

Welche Bedeutung und Wirkung haben nun bei solchem wirtschaftlichen Entwicklungsgang die Krisen? Bernstein schildert in Abschnitt d die Wandlungen in den Auffassungen der Krisen bei Marx und Engels. Im dritten Band des „Kapital“ wirft Engels die Frage auf, ob wir uns nicht vielleicht „in der Vorbereitungsperiode eines neuen Weltkrachs von unerhörter Behemung befinden“, läßt aber auch die Möglichkeit offen, daß die akute Form der periodischen Krise einem chronischen, entscheidungslosen Druß gewichen sein könnte. B. neigt jedoch zu einer dritten Möglichkeit, daß nämlich durch die Ausdehnung des Weltmarktes und die Ausbildung des Transport- und Nachrichtenverkehrs sowie durch die Elasticität des Kreditwesens und das Aufkommen der industriellen Kartelle ein weitgehendes Ausgleich der geschäftlichen Störungen herbeigeführt werde und daß wenigstens für längere Zeit allgemeine Geschäfts-

sie der Funktionszulage verlustig, und weiter ist ihnen ein Vorwärtskommen und Aufrücken in bessere Stellen unmöglich gemacht. Und das deshalb, weil sie in der Jugend wegen Lärmens, groben Unflugs &c. vielleicht einmal ein paar Mark Geldstrafe zahlen mußten. Daß eine derartige Verordnung die Eisenbahner nicht zufriedener macht, ist selbstverständlich; umso mehr, weil sie wahrheitsgemäß für die oberen Beamtenkreise keine Anwendung findet.

Des Kaisers Lieblingsdichter.

Wilhelm II. hat, wie erinnerlich, dem erkrankten englischen Dichter Rudyard Kipling telegraphisch seine herzliche Theilnahme und seine große Bewunderung für seine Werke ausgesprochen. Dazu bemerkt die „Wiener Arbeiterzeitung“:

Es ist vernünftlich keine Liebertreibung, wenn die englischen Blätter aus New-York melden, daß für Kipling in den Kirchen gebetet wurde. Dieser Dichter lebt nämlich wirklich in der Seele seines Volkes. Wer aber ist Rudyard Kipling? Unsere liberalen Zeitungen berichten hauptsächlich, daß er ein Jude sei. Es scheint auf Erden keine Persönlichkeit zu geben, bei der die Herren nicht vor allem darüber orientirt wären, ob er ein Beschnittener oder Unbeschnittener ist. Im Uebrigen schreiben sie ihm mehr oder minder schließliche Heulketten ab, das zufällig vor ein paar Tagen in einer Wiener Zeitung erschien. In Wahrheit ist aber Rudyard Kipling viel mehr als der Dichter des vielgerühmten Dichtungsbuches. Er hat ein Bündchen „Barrack-Room-Ballads“ („Feldkammergedichte“) herausgegeben, wegen dessen er in Deutschland auf eine unaußerordentliche Zahl von Jahren verurtheilt worden wäre, so viele Majestätsbeleidigungen und Krögeleien würde ein deutscher Richter möglicherweise darin finden. Wir können uns nicht enthalten, eine dieser Satiren an die Wittive, gemeint ist die Königin Victoria, hier theilweise wiederzugeben:

Das Fest der Wittive.

Wo wart ihr denn so lange fort?
Johanne, Johanne!
„Bei einem Festmahl mit jenen dort!“
Johanne, lieb' Johanne, aha!
„Sie luden uns aus dem Koffeneiraum,
Gott weiß, wohin: an der Wüste Saum,
Und — resusciren kann man kaum —“
Und die Wittive gab ein Gastmahl
(Horn: Ta-rara-ra-ta-rara!)
Was kriegtet ihr denn? Verführtes Glüd!
Johanne, Johanne!
„Gestandenes Wasser, wie Lente so düd!“
Johanne, lieb' Johanne, aha!
Das Rindfleisch, das lagerte schon drei Jahr',
Die Kautschul jähde das Hammelfleisch war —
Und ein Hühchen — sing der Sergeant sogar —“
Als die Wittive gab ein Gastmahl
Und was war aller der Mühe Preis?
Johanne, Johanne!
„Da frag' unsern Oberst, weil ich's nicht weiß,
Johanne, lieb' Johanne, aha!
Man vertrieb einen König, baut' Bahnen schnell,
Nun stand ein Volost der Regierung zur Stell' —
— Und der blutrothe Fink fliegt gar bald wieder hell —“
Wo die Wittive gab ein Gastmahl
(Horn: Ta-rara-ra-ta-rara!)

In dieser leidenschaftlichen Satire werden die blutigen Leistungen der Kolonialpolitik mit gewaltigem Hohn als ein Fest der Königin gezeichnet. Die Thaten der gemeinsamen Rasse forderten also hier nicht den rühmenden Sänger, sondern den geißelnden Spötter heraus.

Es kann als ein Zeichen künstlerischer Freiheit und sicheren Geschmacks gelten, daß Kaiser Wilhelm, der ja nach seinem Telegramm den Schriftsteller genau kennt, sich in seiner gerechten Verehrung des Talents durch die abweichende Bestimmung nicht beirren läßt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Hildesheim, 13. März. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Jigarrrenfortritzer Joh. Hofmann von hier, der in einer Wirthschaft in angestandenem Zustande beleidigende Aeußerungen über die Reisen des Kaisers gemacht hatte, zu zwei Monaten Gefängniß.

Krisen überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind. B. setzt sich hier mit den Kritiken seiner in gleicher Richtung gehenden früheren Ausführungen in der „R. Z.“ auseinander.

Das 4. und ausführlichste Kapitel betrachtet: Die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie verfolgt als ihr Ziel eine genossenschaftliche Gesellschaftsordnung. Wollte man in Deutschland alle Betriebe von 20 Personen an aufwärts verstaatlichen, so blieben in Handel und Industrie noch hunderttausende Unternehmungen mit über vier Millionen Arbeiter übrig, die privatwirtschaftlich weiter zu betreiben wären, und die Aufgabe des Staates würde außerordentlich schwierig sein. Wer aber ist der Staat, der diese Aufgabe zu bewältigen hat? Das freigelegte Proletariat! Aber dieses, sagt B., werde doch keine gleichartige Masse sein. Die industriellen Arbeiter sammt den Hausindustriellen machen 7 Millionen von 19 Millionen Selbstthätigen aus. Selbst die verschiedenen Kategorien der industriellen Arbeiter hätten nicht alle die gleichen Interessen und Wünsche, geschweige denn die übrigen Schichten der beschlossenen Klassen, der kaufmännische Angestellte, der Beamte, der Gutsherr u. s. w. Eine sofortige Uebernahme der gesamten Herstellung und Vertheilung der Produkte durch den Staat sei daher vorläufig unmöglich. Staat und Kommune würden die Fabrik- und Handwerksbetriebe entweder den bisherigen Inhabern überlassen müssen oder an Arbeitergenossenschaften verpacken.

Damit kommt der Verfasser zur Genossenschaftsfrage. Er legt die Ursachen für das Scheitern der reinen Produktivgenossenschaften dar; werden sie groß, so lört die Demokratie auf; wird an der demokratischen Gesellschaftsordnung festgehalten, so kommt das Unternehmen über die Zwergerform nicht hinaus. Die Produktivgenossenschaft hat ein Sonderinteresse gegenüber der Gesamtheit, und in ihr wird mit ihrem Wachstum Differenzierung der Funktionen und damit Unterordnung nötig. Die selbstregierende genossenschaftliche Fabrik hat sich überall bisher als unlösbares Problem herausgestellt; sie scheiterte, wenn sonst Alles ging, an Disziplin. Wenn die technologische Entwicklung der Fabrik den Körper für die kollektivische Produktion geliefert habe, so seien die Seelen keineswegs in gleichem Maße dem genossenschaftlichen Betrieb entgegengeführt worden. Jedenfalls also stehen sich im Falle einer politischen Krise nicht lebensfähige Genossenschaften aus der Erde stampfen, sie müssen heranwachsen. Dies geschieht auch bereits in England. Leichtere wachsen die Konsumgenossenschaften, welche die leichteste Form der genossenschaftlichen Produktion darstellen und mit deren Wachstum die Demokratie nicht verloren geht. Aber die finanziellen Mittel allein lösen das Problem der genossenschaftlichen Arbeit noch nicht; sie braucht eigene Organisation und eigene Leiter, und beides improvisirt sich nicht. Darum ist es mehr wie zweifelhaft, ob im Zeitpunkt, wo alle Gemüther erhit, alle Lebensformen gespannt sind, wie in einer Revolution, der Lösung dieses Problems, das sich schon in gewöhnlichen Zeiten für so schwer erweist, irgendwie förderlich sein kann. Nach menschlichen Ermessen muß gerade das Gegenteil der Fall sein. Der Verfasser will damit nicht ein Fernhalten vom Genossenschaftswesen empfehlen, im Gegenteil ein eifriges Arbeiten an allmählichem Aufbau von Konsum- und Produktiv-Genossenschaften, insbesondere auch für das Kleinbauernthum.

(Schluß folgt.)

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Entwurf des neuen Wiener Gemeindestatuts theilt die Stadt in 20 Bezirke. An die Stelle des Stadtrathes treten Abtheilungen und Ausschüsse. Die Zahl der Gemeinderathe der einzelnen Bezirke richtet sich nach der Bevölkerungsziffer und beträgt mindestens drei. Verlust des Mandates tritt unter Anderem ein, wenn der von dem neuzugewählten Disziplinarausschuss gefasste Beschluss der Ausschließung aus der Gemeinderathsbildung nicht befolgt oder wenn die Wahl in die an die Stelle des Stadtrathes tretenden Abtheilungen und Ausschüsse unbedingter Weise abgelehnt wird.

China in der ungarischen Abgeordnetenkammer. Budapest, 18. März. Am Schlusse der heutigen Sitzung wird Franz Major (Vollpartei) folgende dringende Interpellation einbringen: Hat der Ministerpräsident Kenntniss von dem Bestreben unseres Auswärtigen Amtes, an den chinesischen Küsten ein Gebiet zu pachten, oder ist diese Angelegenheit bereits eine vollendete Thatsache? Wenn ja — beabsichtigt er, die öffentliche Meinung hierüber zu orientiren und zu beruhigen? Es müss sich nun ja bald zeigen, ob auch der österreicherische Kaiserstaat auf Eroberungen in China ausgeht.

Italien.

Rom, 12. März. Bei der Wahl eines Mitgliedes zur Deputirtenkammer für Porto wurde heute der Publizist Ghiesi, einer der wegen des Auftrugs in Mailand im Mai v. J. Verurtheilten, gewählt.

Frankreich.

Französische Artillerie. Nachdem Deutschland mit einer Umgestaltung der Artillerie vorgegangen, ist Frankreich nun auf diesem Wege gefolgt. Dem „Matin“ zufolge ist die Umgestaltung der französischen Artillerie seit einigen Tagen vollendet. Die Zahl der fertiggestellten neuen Geschütze ermöglicht die Umänderung und Ausrüstung von 105 Fußbatterien, welche unter 18 Festungsbataillone vertheilt werden, ferner von 430 fahrenden, 14 Gebirgsbatterien, und 52 reitenden Batterien, welche zusammen 40 Regimenter bilden, schließlich von 10 außerhalb Frankreichs detachirten Batterien.

Zur Dreifuss-Affäre wird heute gemeldet: General Pellieux hatte, wie gemeldet, infolge der Enthüllungen Esterhazy's den Kriegsminister ersucht, eine Enquete über sein, Pellieux', Verhalten in der „Affäre“ einzuleiten. Das gleiche hatte General Gonse gethan. Der Kriegsminister Freycinet hat jetzt ablehnend geantwortet. Der Kriegsminister nimmt augenblicklich eine allgemeine Enquete über die Affäre vor, die bis zu dem Tage fortgesetzt werden soll, wo die Akten der Untersuchung der Kriminalkammer publizirt sein werden. Ergibt die Enquete des Kriegsministers die Richtigkeit der Behauptungen Esterhazy's, so werden Pellieux und Gonse wie alle anderen Beteiligten aufgefordert werden, sich zu rechtfertigen.

England.

Achtstundentag und Waisentag für Gemeindevertreter. (Eig. Ber.) Der Gemeinderath von Westham hat vorige Woche auf den Antrag unseres Genossen Will. Thorne folgende Beschlüsse gefasst:

Am Arbeitertag, den 1. Mai 1899, und an jedem folgenden 1. Mai sollen alle vom Gemeinderath beschäftigten Personen, deren Arbeit dies zuläßt, Feiertag mit voller Lohnzahlung haben. Diejenigen, bei denen dies nicht angeht, sollen an einem der Wochentage in den auf den 1. Mai folgenden sieben Tagen Feiertag mit vollem Lohn haben. Der Gemeinderathsaal, der öffentliche Versammlungssaal und der Vortragssaal des technischen Instituts soll an jedem 1. Mai vermietet, sondern den Angestellten und anderen Bürgern und Bewohnern der Gemeinde für Matting-Versammlungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, soll der Feiertag auf den 2. Mai verlegt werden.

Weiter beschloß derselbe Gemeinderath auf den Antrag eines anderen Mitgliedes:

„Som 1. Mai 1899 ab soll kein Arbeiter im Dienste der Gemeinde länger als acht Stunden in der Woche beschäftigt werden, ausgenommen in Nothfällen, welche Fälle den betreffenden Kommissionen des Rathes und von diesen dem Rath selbst zu melden sind, mit genauen Angaben über die Art der Arbeit, die Dauer, und wo solche erfolgte, die Bezahlung der Ueberzeitarbeit.“

Das ist die erste Frucht des Wahlsieges der Arbeiter am 1. November vorigen Jahres!

Dänemark.

Dem dänischen Minister des Innern Bardenhej ist vom Folkething ein Mißtrauensvotum mit 79 gegen 1 Stimme (dem Vertreter der Herdøer-Inseln) ertheilt worden, 10 enthielten sich der Abstimmung und 23 waren abwesend. Es handelt sich darum, daß der Minister im Auftrage des Parlaments mit der dänischen Telephon-Gesellschaft die Abonnementpreise festzusetzen hatte und ein Reglement bewilligt hat, das zwar für einige Privatleute das Telephoniren verbilligt, für die Geschäftsleute aber sehr verteuert und namentlich das Telephoniren in die Provinz vertheuert und schwieriger macht. Dabei war der Gesellschaft das Monopol nur unter der Bedingung bewilligt — die Sozialdemokratie hatte Uebernahme durch den Staat beantragt, die aber als „sozialistisch“ abgelehnt wurde —, daß eine Herabsetzung der Tarifen erfolgen sollte.

Es fielen von allen Seiten, selbst von den Konservativen, sehr scharfe Worte gegen den Minister, dem schließlich in einer Resolution erklärt wurde, daß er „gegen die berechtigten Mißsichten auf das telephonirende Publikum gehandelt habe“.

Norwegen.

Eine „kalte“ Abweisung. Aus Christiania wird gemeldet: Die „Verdens Gang“ meldet, sammelte sich gestern Abend, als der Kronprinz, Regent von dem Militärverein nach dem Schlosse zurückkehrte, eine etwa 800 Personen zählende Volksmenge an, welche Kundgebungen veranstaltete, indem sie unter Pfeifen und Schreien mit Schnee warf. Die Polizei gerietreute die Menge und nahm drei Verhaftungen vor.

Das Schneewetter verrieth, daß die norwegische Bevölkerung von jedem anständigen monarchischen Gefühl verlassen worden ist. Die Schneebomben haben das Gute, daß sie niemandem schaden, wenn sie explodiren, und doch die Herzensmeinung der Absender klar zur Geltung bringen.

Spanien.

Spanien part. Aus Madrid meldet man: Der Ministerath beschloß, die Hälfte der frei werdenden Offizierstellen in der Marine nicht wieder zu besetzen und alle Schiffe, welche augenblicklich bei den Philippinen nicht gebraucht werden, zu verkaufen.

In einigen Korrespondenzen steht zu dieser Mittheilung ein Vermerk der „Internationalen Revue“, wonach nach den Plänen des neuen Marine-Ministers sechs Jahre lang alljährlich ein großes Schlachtschiff erster Klasse gebaut werden soll, da Spanien vor allem eine, wenn auch nur kleine, aber doch schlagfertige Schlachtflotte erhalten müsse. Das frühere System, eine möglichst zahlreiche Kreuzergesflotte zu schaffen, sei jetzt nach dem Verlust der Kolonien hinfällig geworden und auch auf die kostspieligen Torpedoschiffe sei nach den Erfahrungen des letzten Krieges kein großer Werth mehr zu legen. Die Mittel zum Bau der neuen Schlachtschiffe hofft die Regierung durch den Verkauf der ostasiatischen Inselgruppen zu erlangen.

Madrid, 18. März. In Valencia, Tarragona und Segovia veranstalteten gestern heimbekehrte Truppen Kund-

gebungen, wobei sie die Zahlung ihrer rückständigen Löhnungen verlangten.

Türkei.

Abrüstung in der Türkei. Konstantinopel, 12. März. In der unmittelbar bevorstehenden Antwort der Porte auf die russische Note bezüglich der sogenannten Abrüstungskonferenz wird die Einladung zur Besichtigung der Konferenz mit einigen formellen Vorbehalten angenommen.

Sien.

Zum Versuch Italiens, sich in China eine „Pachtung“ zuzulegen, gehen heute die folgenden Meldungen ein: Peking, 18. März. Das Jung-li-Namen sandte dem italienischen Gesandten de Martino gestern eine Note, in der es ihm um Rücksendung seiner Depesche ersuchte, aber kein weiteres Zeichen der Geneigtheit, andere Punkte des von ihm gestellten Ultimatus zuzugestehen, kundgab.

London, 18. März. Die „Times“ melden aus Peking vom 12. d. M.: Die gegenwärtige Stimmung der Chinesen läßt keine Neigung erkennen, den Forderungen Italiens nachzugeben. Es dürfte fruchtbarer Mittel notwendig sein, um Nachgiebigkeit zu erzwingen. Das Jung-li-Namen sei gänzlich im Unklaren über die Stellung, welche Italien unter den Nationen einnimmt.

Ueber amerikanische Siege auf den Philippinen wird aus Washington vom Montag berichtet: Die amerikanischen Truppen gingen, unterstützt von Artillerie, gegen die Aufständischen vor, die den Vergrüden besetzt hatten, der Pasig beherrschte. Nach einem heftigen Gefecht schlugen die Amerikaner die Filipinos mit schwerem Verluste zurück und nahmen die Position auf dem Vergrüden. Der Angriff auf Pasig wurde vorbereitet. Der Verlust der Amerikaner ist gering.

Amerika.

New-York, 18. März. Wie die Blätter aus Manila melden, hat General Otis die Fortsetzung der Unterhandlungen zwischen den Spaniern und Filipinos bezüglich der Freilassung der spanischen Gefangenen untersagt, vermuthlich in der Absicht, zu verhindern, daß die Filipinos in den Besitz des Lösegeldes gelangen, welches sie zweifellos zur Förderung ihrer nationalen Sache verwenden würden.

Aus Kuba kommt die sonderbare Kunde, daß der bisherige General der Aufstandsarmee, **Rafimo Gomez**, in heftige Streitigkeiten mit der neuen Landesvertretung gerathen sei. Es liegen darüber die folgenden Mittheilungen vor:

Savana, 18. März. Die nationale kubanische Kammer hat mit 26 gegen 4 Stimmen beschlossen, den General Rafimo Gomez vor die Anklage auf zu stellen und ihn seines Oberkommandos über das kubanische Heer zu entheben, weil er beschuldigt wird, gegen seine militärischen Pflichten gefehlt zu haben und gegen die nationale Kammer des Ungehorsams sich schuldig gemacht zu haben. Die Hauptvorwürfe, welche man ihm macht, sind die Annahme einer Entschädigung von drei Millionen Dollars, die ihm von den Vereinigten Staaten angeboten wurden, sowie seine Erklärung, er werde die Beschlüsse der nationalen Kammer nur insoweit befolgen, als er dieselben für nützlich erachte. Als dieser Beschluß der Kammer ihm mitgetheilt wurde, soll Gomez gesagt haben: „Das ist gut; die Sache wird amüßig.“ — In Savana wird der Beschluß der Kammer abschällig beurtheilt; man glaubt, daß Gomez härter ist als die Kammer. — Rafimo Gomez hat ein Manifest erlassen, worin er erklärt, infolge des Beschlusses der nationalen Kammer, wonach er des Oberkommandos entsetzt worden, habe er nur eins zu antworten: Er erkenne diesen Beschluß nicht an.

Eine andere Meldung fügt dem noch hinzu: Gomez habe die 3 Millionen Dollars von den Amerikanern angenommen, ohne sich vorher mit der kubanischen Landesvertretung ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Die Vertretung hält die Abfindungssumme für nicht ausreichend und hat dieselbe bis jetzt auch noch nicht angenommen. Rafimo Gomez habe ein Manifest erlassen, in welchem er erklärt, angesichts der Entscheidung der Vertretung der früheren ausländischen Armee ziehe er sich zurück.

Man wird, ehe man ein Urtheil fällt, nähere Mittheilungen über den Sachverhalt abwarten müssen.

Die Ausweisung italienischer Sozialisten aus der Schweiz.

Jülich, 10. März.

Die schweizerische Demokratie ist im Niedergange begriffen — so möchte man ausrufen angesichts der neuesten, auf Antrag der Bundesanwaltschaft vom Bundesrath in Bern beschlossenen Ausweisungen der Mitglieder des Landesauschusses der italienischen Sozialisten in der Schweiz, der Genossen **Yotti**, der als Medizinschreiber in Oerlikon bei Jülich arbeitete; **Cinechi**, Journalist und **Speroni**, Bischof, der seit 28 Jahren in Jülich arbeitete und lebte! Als Grund zur Ausweisung wird ein in italienischer Sprache verfaßtes Flugblatt angegeben, das die Unterschrift des Landesauschusses trägt und die Regierung von Italien wegen der von ihr dem Parlamente vorgelegten neuen Gesetze heftig angreift und beschimpft. Ferner heißt es in dem bezüglichen bundesrathlichen Beschlusse: „Die in der Schweiz wohnenden italienischen Angehörigen werden in leidenschaftlicher Weise aufgefordert, Stellung zu nehmen und so zu handeln. . . Eine solche Befehdung der Regierung eines Nachbarstaates durch Landesfremde ist unzulässig und kann deshalb nicht geduldet werden.“

Die Schweizerpresse, die seit Monaten ohne jede Bemerkung die immer wiederkehrenden Ausweisungen von Anarchisten meldete, worunter aber zahlreiche Sozialisten waren und die völlig abgestumpft gegenüber dieser bundesanwaltschaftlichen Thätigkeit zu sein schienen, ist endlich durch die neuesten Sozialisten-Ausweisungen aufgeschreckt worden und sie sieht sich nun dieselben etwas näher an. So finden die sehr bundesrathlichen radikalen **Basler Nachrichten** das neueste Vorgehen des Bundesrathes bedenklich, und sie meinen, daß die oberste Landesbehörde damit ihre Kompetenz überschritten habe, indem sie sich das Recht der Zensur über Preßzeugnisse anmake. „Sodann scheint es uns“, fährt das Blatt weiter aus, „daß die Strafverfolgung der Schweiz (sowohl das Strafgesetzbuch des Kantons Tessin wie das Bundesstrafrecht) zur Unterdrückung von Ausschreitungen der Presse ausreicht. Man sollte nicht von vornherein die italienischen Flüchtlinge von unserer Administrativjustiz abhängig machen, sondern auch für sie die gewöhnlichen Regeln der strafrechtlichen Verfolgung bestehen lassen. Aber für die italienischen Nachhaber ist die Ausweisungspraxis der Bundesanwaltschaft freilich viel bequemer.“ Ein anderes Blatt wirft die Frage auf: ob wir denn unter der Vormundschaft von Rom stehen?

Das sozialdemokratische **Jülicher Volksrecht** schreibt sehr zutreffend: „In Italien soll die Opposition stumm gemacht werden; die Kämpfer für Freiheit und Fortschritt schmachten hinter Kerkermauern oder müssen befürchten, für ein freies Namenswort hinter Kerkermauern geworfen zu werden. Ein General steht an der Spitze der Regierung und möchte mit brutaler Faust alles niederhalten, was sich regen und bewegen will. Und nun dürfen die freisinnigsten Söhne dieses schönen, aber von brutalen Gewaltthätern getriebenen Landes nicht einmal mehr in unserer freien Republik, die in früheren Zeiten heimlich und offen mit allen Feinden gewaltthätiger Regierungen sympathisirte, dagegen protestiren, daß man dem Volke neue Ketten schmiedet? Das heißt, die Regierung der Schweiz macht sich zur Helfers-helferin und Mitschuldigen der freisinnigsmörderischen Regierung Italiens. Und warum thut sie das? Sie thut es aus blinder Furcht vor den hohlen Drohungen dieser Regierung. Sie thut es, weil sie schon der Schlotter überfällt, wenn ein Monarch oder ein monarchischer Minister nur die Stirn runzelt. Sie thut es,

weil sie jedes Gefühl für die Würde der Schweiz, weil sie jeden Unabhängigkeitsstimm verloren hat. . . Die Arbeiterpartei der Schweiz protestirt gegen die unwürdige That, die sich der Bundesrath mit der Ausweisung italienischer Sozialdemokraten hat zu schulden kommen lassen, sie brandmarkt diese That als einen Verrath an der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes, als einen Verrath an der Freiheit überhaupt.“

Der Fall erinnert an die Ausweisung der vier deutschen Genossen im Jahre 1888 aus Jülich resp. der Schweiz und an die gegen den Landesauschuh der deutschen Sozialisten im Jahre 1889 anlässlich der Wohlgenuth-Affäre ebenfalls wegen eines Flugblattes gefassten, aber ergebnislos verlaufenen Untersuchung. Vorkäufhaber waren die wichtigsten Funktionen des Landesauschusses Schweizerbürger zu übertragen, was auch heute noch der Fall ist und was nun auch die italienischen Sozialisten bei der Neubestellung ihres Landesauschusses werden thun müssen. Dann haben die Ausweisungen ein Ende.

Im Interesse des Ansehens und des guten Rufes der Schweiz, im Interesse der Freiheit des Wortes und im Interesse des Ansehens bedauern wir die neuesten Ausweisungen aufs lebhafteste. Würde die radikale Partei nur noch ein wenig ihren alten guten Traditionen treu sein, diese Partei der Revolutionen, deren Führer den Mund so gewaltig voll nehmen von Macht und Freiheit, von der Unabhängigkeit des Landes, sie müßte sich wie ein Mann erheben und wie aus einem Munde protestiren gegen die Geselligkeiten gegenüber dem italienischen Gewaltregiment. Aber diese Radikalen sind aus jungen Revolutionären alte Philister geworden.

Jülich, 12. März. Die sozialdemokratische Fraktion des Jülicher Großen Stadtrathes hat sich sofort nach Bekanntwerden der Ausweisungen telegraphisch an den Bundesrath in Bern um Zurücknahme der verhängten Maßregel gewendet und überdies noch eine längere schriftliche Eingabe an denselben abgeschickt. In derselben werden die ausgewiesenen italienischen Genossen als brave und thätige Männer geschildert und sodann verlangt, daß denselben Gelegenheit gegeben werde, sich gegen die wider sie erhobenen Anschuldigungen zu verteidigen; ferner wird die Freilassung der in ganz auffallender Weise verhafteten Genossen verlangt.

Partei-Nachrichten.

Ueber das Ergebnis der Sammlungen für die Angehörigen der Uebauer Verrechneten sind eine Anzahl Parteiblätter durch die Eigenhämlichkeit der Verrechnungsweise zu irigen Auffassungen gekommen. Einzelne Parteiblätter schreiben die Summe der bei ihnen eingegangenen Gelder fort; der größte Theil dieser Summen ist aber schon an den Parteikasiren, Genossen Gesich, abgeliefert und kommt in dessen Abrechnung wieder zum Vorschein. Wenn daher verschiedene Parteiblätter die vom Genossen Gesich bisher quittirten Summen einfach mit den bei den einzelnen Sammelstellen quittirten Summen zusammenzählen, so ergibt sich eine viel höhere Summe, als wie thatsächlich vorhanden ist, weil auf diese Weise bedeutende Summen doppelt gerechnet werden. Zur Verhütung einer Verfälschung der Parteigenossen werden die Parteiblätter gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Die März-Zeitung 1899 präsentiert sich in sehr ansprechendem Gewande. Ein einfaches wirksames Titelbild, die Freiheit darstellend, dazu noch ein Gedicht von Ludwig Pfau: „Der Freiheit Wert“ auf der ersten Seite. Trost für 1949 betitelt sich eine Serie von 4 Bildern. Sie trägt das Motto: „Lob, wo ist dein Stachel, Hölle, wo ist dein Sieg!“ Sokrates, der den Wirthscher getrunken: „Er leugnete die Götter und verführte die Jugend“; Christus am Kreuze: „Er küßte Gott; hatte Umgang mit den Armen, den Sündern und Böhmern, und empörte sich gegen die Obrigkeit, um selbst der Juden König zu werden“; Johannes Hüh auf dem Scheiterhaufen: „Er verbreitete Irrlehren; widersprach den Sagenen der geistlichen Obrigkeit und untergrub die Herrlichkeit der bestehenden Ordnung“; Ein stehender Prophet: „Er vernagte zu Pulver und Mehl“; Er behauptete eine natürliche Gleichberechtigung aller Menschen, und sprach von Rechten, welche jeder auf seines Lebens Nothdurft habe. Durch solche verderbliche Lehren reizte er die niederen Stände, die Unglücklichen und Armen zur Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und zur Empörung gegen die von Gott eingesehte Obrigkeit.“ Diese vier Bilder versymbolischen den Gedanken, daß Ideen nicht durch Gewaltmittel unterdrückt werden können. Die letzte Seite bringt die Reproduktion eines fast unbekanntes Bildes, das Verfolgungen unseres Vorkämpfers Marx und die Unterdrückung der „Reinischen Zeitung“ zum Gegenstande hat: „Karl Marx als Prometheus“. Außer dem Texte zu den genannten Bildern bringt die Zeitung einen größeren Artikel: „Die grundsätzliche Revolution des 19. Jahrhunderts“ sowie einen kleineren: „Die letzten Augenblicke der Wiener Revolution“. — Wir empfehlen den Parteigenossen die Zeitung angelegentlich zur Anschaffung.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Gaarden bei Kiel wurde bei sehr schwacher Beteiligung der von unseren Parteigenossen aufgestellte Kandidat gewählt. Er erhielt 374 von 474 abgegebenen Stimmen.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für Schlesien und Posen wird am Ostermontag in Gölzig abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig: 1. Die Wahlen des Jahres 1898 in Schlesien. 2. Agitations- und Organisationsfragen. 3. Die Parteipresse. 4. Verschiedenes.

Die sächsische Wahlfrage. Die **Leipziger Volkszeitung** hat es für nöthig gehalten, auf unsere Auffassung über die sächsische Wahlfrage eine Erwiderung zu schreiben, hat aber leider in der Eile vergessen, ein paar sachliche Gegengründe einzufügen. Sie begnügt sich, dem „Vorwärts“ das Recht zu bestreiten, sich um Dinge zu kümmern, die weit hinten am Ende der Welt; in Sachen sich ereignen; und sie spricht dem „Vorwärts“ um so mehr das Recht der Meinungsäußerung ab, als sich Genosse Liebknecht gegenwärtig in England befindet. — Statt einer sachlichen Erwiderung ein Schälerspiel!

Zur Frage der Wahlbeteiligung in Sachsen. Eine Parteiverammlung für den sechsten Reichstags-Wahlkreis (Dresden-Land) beschloß nach eingehender Diskussion, bei der Landeskonferenz zu beantragen, daß diese sich im Prinzip für Wahlbeteiligung erklärt. Außerdem nahm die Versammlung einen Antrag an, nach welchem sich die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten und Kandidaten mehr um die Organisations- und Agitationsarbeit in ihrem Kreise zu kümmern haben. Ferner sprach man sich für schärfere Centralisation der Organisation und systematischere Betreibung und Kontrolle der Gemeinderaths-Wahlen aus.

In **Reichen** erklärte sich eine Parteiverammlung nach einem Referate **Frühdorf's** für Wahlbeteiligung.

Eine Parteiverammlung für den 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreis erklärte sich einstimmig gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen. In der Organisationsfrage ist die Versammlung gegen die Gründung eines Landesvereins und für Beibehaltung des Vertrauensmännerstems. Zur Frage der Vereinigung des **Wesobachers** in Chemnitz mit der **Volksstimme** in Burghärdt, sollen die Delegirten der Landesversammlung darauf aufmerksam machen, daß jedenfalls der Verlag des „Sächs. Volksbl.“ genüthig sein wird, um der vielfachen Konkurrenz die Spitze zu bieten, die Zeitung, ob mit oder ohne finanzielle Beihilfe der Partei bleibe noch dahingestellt, wöthentlich sechs Mal erscheinen zu lassen.

London, 10. März. Das geistige internationale Banquet, an dem etwa 200 Sozialisten, darunter alle bekannteren Vertreter der englischen Arbeiterbewegung, Theil nahmen, gestaltete sich zu einer nicht minder imposanten und vielleicht noch wirksameren Manifestation für die internationale Verbrüderung der Völker, als Tags zuvor das Massen-Meeting in St. James' Hall. Der Empfang, den Jaurès, Vandervelde und Liebknecht hatten, war ebenso enthusiastisch wie herzlich, und es

unterliegt keinem Zweifel, daß der Austausch der Gefühle, wie er hier stattfand, wesentlich dazu beigetragen hat, die Sache der internationalen Sozialdemokratie zu fördern und die Vereinigung der sozialistischen Organisationen und Fraktionen in England zu beschleunigen.

Zum Fall Jourde. Meine Bemerkung über das Verhalten des französischen Abgeordneten Jourde, der das Gesetz gegen die Dreifachrevision votierte, hat den Genossen Charles Rouvier zu einer Gegenerklärung veranlaßt („Vorwärts“ vom 26. Februar). Ich habe meinerseits folgendes zu erwidern:

Indem ich dem Abgeordneten Jourde die parteiigenössliche Qualifikation absprach, folgte ich nur dem Beispiel unseres Pariser Parteiblattes, der „Petite République“. Ich brauche daher nicht erst das Verhalten Jourdes seit vielen Jahren in und außerhalb der Kammer zu kennzeichnen. Es genügt der Hinweis, daß die „Petite République“, Nr. 8340 vom 12. Februar (mit dem Datum des 13.), in der Liste der Abgeordneten, die für das „verbrecherische Gesetz“ stimmten — „Les votants de la loi scélérate“ — Jourde's Namen in der Gruppe der „Boulangisten, Rationalisten und Antisemiten“ aufzählt, zusammen mit den Déroulède, Drumont, Millevoye, E. Roche u. f. In einer der Abstimmungsliste vorangehenden Notiz: „Das gestrige Votum und die Sozialisten“ heißt es noch ausdrücklich: „Kein Sozialist hat das neue verbrecherische Gesetz votiert. Keiner hat sich der Abstimmung enthalten...“ Sämtliche Mitglieder der sozialistischen Fraktion haben gegen den Entwurf gestimmt.“ Und wohl gemerkt, weder die französische Arbeiterpartei, noch irgend ein einzelnes Mitglied derselben, noch die sozialistische Fraktion, noch auch Jourde selber hat gegen die „Petite Rép.“ protestiert.

Ebenso wird Jourde, wenn auch nur indirekt, die Zugehörigkeit zur Partei, ja zu den Republikanern überhaupt abgesprochen im „Socialiste“, dem Zentralorgan der französischen Arbeiterpartei. In der Nummer 81 vom 19. Februar heißt es über das bezügliche Kammervotum: „... Im Gefolge der Sozialisten hat sich alles, was in der Kammer noch an Verteidigern der Garantien einer relativen Freiheit und einer freilich verfallenen und unvollständigen Republik übrig bleibt, endgiltig gegen die unerträglichen Annahmen der militärischen Oligarchie ausgesprochen und ein gefährliches Schweigen gebrochen. Der Kampf zwischen den auf Arme und Kirche sich stützenden Staatsstreicher-Agenten und der Zivilgewalt zeichnet sich nunmehr mit hinreichender Klarheit ab...“

Meine Bemerkung über Jourde war also keineswegs eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarparteien“, sondern vielmehr die Feststellung des tatsächlichen Bruchs zwischen Jourde und der Partei. Die aber von mir daran geknüpfte Erwartung, Jourde werde aus der französischen Arbeiterpartei ausgeschlossen werden, hat sich ja allerdings insofern erfüllt, als die dazu berufene Organisation mit keinem Worte die Stellungnahme der „Petite République“ mißbilligt hat.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.
— Wegen Aufforderung zum Streik und wegen Verleumdung, so heißt es im Kreisblatt von Pyritz, wurden dort vom Schöffengericht die Maurer Gentel zu 2 Wochen, Rüdert zu 4 Wochen und Berger zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Pyritzer Kreisblatt scheint die Justizvorsorge schon zu antizipieren.

— „Auf Veranlassung der Behörde“, so behauptet der Gastwirt Sommer in Leppersdorf bei Landskron in Schlesien, darf er sein Lokal den Arbeitern nicht zu Versammlungen hergeben.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgegend.

Die Berliner Maßschneider beschlossen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung, von einem allgemeinen Ausstand abzusehen. Die Arbeiter der einzelnen Geschäfte sollen jedoch, soweit dies noch nicht geschehen, die früher festgesetzten Forderungen stellen und verpflichtet sich die Versammlung dieselben event. materiell zu unterstützen.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Zahlstelle I) wählten in ihrer Versammlung am 12. d. M. folgende Mitglieder in den Ausschuss: Quade, Gutsch, Zancowsky, Tralle und Hampel. Sodann wurde beschlossen, die Raifeier würdig zu begehen.

Deutsches Reich.

Arbeiter! Parteigenossen!

Seit dem 10. Januar stehen 2400 Sammetweber in Arefeld im Ausstand, weil von den Fabrikanten eine neue Lohnliste eingeführt werden sollte, welche für die Arbeiter eine Lohnherabsetzung bis zu 15 pCt. beträgt.

Alle Versuche der Sozialen Kommission, eine Einigung herbeizuführen, sind an der Hartnäckigkeit der Fabrikanten gescheitert. Gescheitert sind aber auch alle Versuche der Fabrikanten, Streikbrecher anzuwerben. Ueber acht Wochen befinden sich die Streikenden im Kampfe, aber noch immer stehen die 2400 Mann wie eine Mauer, kein Streikbrecher hat sich bis jetzt gefunden. Aber auch Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen, ist den Fabrikanten bis jetzt nicht gelungen, obwohl sie immer wieder Agenten ausgesandt haben.

In sämtlichen 13 Sammetfabriken sind zur Zeit nur 33 Webermeister, circa 20 Kommissis und 32 Hilfsarbeiter an den Webstühlen beschäftigt. Auch sonst ist die Haltung der Streikenden musterhaft. Ferner haben sie gezeigt, daß sie zu jeder Zeit zu einer Verständigung mit den Fabrikanten bereit sind. Dieses trägt auch wesentlich dazu bei, daß die gesamte Bürgerschaft mit den Streikenden sympathisiert.

Arbeiter, Parteigenossen! Angesichts der eigenartigen Verhältnisse in Arefeld blüht die deutsche Arbeitererschaft bewunderungsvoll auf die Arefelder Sammetweber. Sie dürfen nicht unterliegen, wenn auch der Fabrikantenstolz den Streik noch ein paar Wochen in die Länge ziehen sollte. Seht darum die Sammlungen fort, sorgt dafür, daß den tapferen Streikern die Munition nicht ausgeht.

Hermann Paer, Arefeld, Kaiserstr. 18.

Gelder sind an Millarg (Gewerkschaftsbureau), Amenstr. 16, zu richten.

Die Lohnbewegung der Schneider. In Aitona beschloß eine gut besuchte Versammlung, den im Jahre 1889 aufgestellten Tarif wieder zur Geltung zu bringen. Die Forderung soll den Meistern unterbreitet werden, um innerhalb 14 Tagen eine Antwort zu erbiten. In Hagen ist über einige Geschäfte die Sperre verhängt. Die Firmen haben die Forderungen ihrer Gesellen abgelehnt.

Eine Konferenz der Metallarbeiter in Sachsen beschloß mit 23 gegen 15 Stimmen, der Generalversammlung des Verbandes die Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung zu empfehlen. Im Falle der Annahme verlangt die Konferenz eine Urabstimmung.

Achtung! Tapezierer! Ueber die Möbelfabrik von J. Fried in München ist die Sperre verhängt. Herr Fried, der sich im vorigen Frühjahr durch eigene Unterschrift zu der von den Tapezierergehilfen aufgestellten Bestattordnung verpflichtet hat, sucht jetzt, dieser Bestattordnung entgegen, einen Allorlohn in seiner Tapezierwerkstatt einzuführen, wodurch die Erzeugnisse des Streiks vom vorigen Jahre völlig illusorisch gemacht werden. Herr Fried verliert nun von Auswärts Gesellen heranzuziehen. Kollegen, ihr wisst, daß wir im letzten Jahre 8 Wochen gestreikt haben, um unsere Forderung durchzubringen; helft uns auch jetzt, dieselben hoch zu halten! Die Kommission der Tapezierer.

Wegen Verleumdung „Arbeitswilliger“ wurden in Pyritz drei Maurer zu zwei, vier und sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Weißbinder, Maler und Lackierer in Darmstadt haben am Sonntag den Beschluß gefaßt, am Montag die Arbeit einzustellen, um eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen.

Der Zuzug von Fabrikarbeitern, Wirtshaus, Bauhandwerkern und Metallarbeitern nach Lägerdorf (Schleswig-Holstein) ist fernzuhalten.

In der Fabrik photographischer Apparate von Hüttig & Sohn in Dresden sind die Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Ausland.

Die Arbeiter am Simplon legten am Donnerstag voriger Woche wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Wie berichtet wird, ist noch am Freitag eine Verständigung zu stande gekommen.

In der Grazer Fahrradfabrik droht wegen Lohnunterschieden ein Ausstand. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Soziales.

Die Milzbrandkommission der Pinselarbeiter Nürnberg's hat an den Reichsanwalt eine Petition gerichtet, betreffend die Vorschriften zum Schutze der in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter. Es handelt sich namentlich um Verschärfung der Vorschriften zur Bekämpfung beziehungsweise Vermeidung der Milzbrandgefahr. Es ist bis jetzt noch kein Mittel bekannt, das, ohne die Vorsten anzupreisen, die Milzbrandspore vernichtet. Die Kommission regt deshalb die Aussetzung eines Preises für die Auffindung eines solchen Mittels an und ersucht um Gewährung eines Reichszuschusses zu diesem Zwecke. Gleichzeitig theilt sie mit, daß sich der Unternehmerverband der Pinselfabrikation bereit erklärt hat, einen namhaften Betrag für diesen Zweck zu bewilligen. Unbedingt getötet werden nach den Angaben der Petenten die Milzbrandsporen nur durch strömenden Wasserdampf bei 0,15 Atmosphären Ueberdruck. Die Petenten bitten deshalb, daß die Desinfektion des gesamten Materials auf diese Weise angeordnet wird; nur die Vorsten sollen, da sie durch dieses Verfahren angegriffen werden, ausgenommen sein bis zur Auffindung eines geeigneteren Mittels. Vor allem aber ersuchen die Petenten darum, daß auch das inländische Material der Desinfektion unterworfen wird, da die für die Bekämpfung von Seuchen bestehenden Vorschriften keineswegs so wirksam seien, um die Desinfektion überflüssig zu machen. Die Petenten haben einen eigenen Entwurf von Schutzvorschriften ausgearbeitet und der Petition beigegeben, der in verschiedenen Theilen von den Vorschriften des Bundesraths abweicht und bitten um Berücksichtigung ihrer Abänderungsvorschläge.

Von 1163 an Bleiberggiftung in den preussischen Heilanstalten 1895 Behandelten waren 288 männliche und 23 weibliche an allgemeiner chronischer Bleibergiftung erkrankt, 778 männliche und 16 weibliche litten an Bleistolil, 63 Männer an Weillähmung, 10 an Weirheumatismus, 4 an Weizitteln, 5 männliche und 1 weibliche an Weicherkrankung, 1 Mann an Geistesstörung, 6 männliche und 1 weibliche an Weirervenleiden, 12 männliche und 1 weibliche an Urinleiden und 9 männliche und 1 weibliche an Weirausgehung. — Die Giftwirkung äußert sich also sehr verschieden, aber immer ist sie sehr hartnäckig. Arbeiterinnen sind nur deshalb von denselben geringer betroffen, weil ihre Beschäftigung wenigstens in einigen Betriebsarten verboten ist.

Arbeiterrisiko. Durch Streikfall wurde auf der Zeche Oberhausen wie auf Zeche Konordia je ein Vergarbeiter sofort getödtet.

Gerichts- Zeitung.

Die ungläublichen Zustände im Armen- und Krankenhaus zu Weihenstephan kamen bekanntlich am 8. März vor der vierten Strafkammer am Landgericht II gelegentlich jener Anklage zur Sprache, die der Staatsanwalt nach preussisch-deutschem Brauch gegen einen Mann angekreuzt hatte, dem das Verdienst zugeschrieben ist, die erschreckenden Zustände aufgedeckt zu haben. In erster Instanz war der Richter Dähner in Weihenstephan, der den Muth gehabt hatte, die Anklage zu stellen und das entsetzliche Elend, unter der die Insassen des Armenhauses leiden, in einer Gemeindevähler-Versammlung zur Sprache zu bringen, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In der Berufungsinstanz hatte der Staatsanwalt die Verwerfung der Berufung beantragt, indem er in der Begründung unter Anderem hervorhob, daß die Gemeinde die ihr zur Last fallenden Armen nicht in Palast unterbringen und ihnen nicht allerlei Lederbissen vorsetzen könne. Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten in dem nunmehr verkündeten Urtheil zu 150 Mark Geldstrafe. Dem Angeklagten sei zwar der Schutz des 193 zugebilligt worden, doch habe derselbe in der Form gefehlt. Mit Rücksicht darauf, daß die Behauptungen des Angeklagten nicht ganz unwahr seien, habe der Gerichtshof das erste Urtheil abgeändert.

Aus einer Privat-Irrenanstalt. Ein Unglücksfall, der in der Nacht zum 21. November d. J. in der Privat-Irrenanstalt des Fräulein Collin in Lichtenrade stattfand, wurde auf die Haftfähigkeit der Wärterin Therese Jähel zurückgeführt, welche gestern dieserhalb vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II stand. In der genannten Anstalt befanden sich zwei tobsüchtige kranke Frauen, welche am Abend des 21. November zusammen in der Isolierzelle untergebracht wurden. In der Nacht hörte die Wärterin Jähel Lärm, der aus der Zelle drang. Sie stellte fest, daß die beiden Kranken wegen der Dede, die sie auf dem gemeinsamen (!) Lager zu benutzen hatten, in einen erbitterten Kampf gerathen waren. Die Wärterin zog es vor, die beiden Kranken zu trennen, da sie aber einen anderen Isolirraum nicht zur Verfügung hatte, brachte sie die eine Kranke, eine Frau Wettermann, in einem Vorräum unter, der an die Isolierzelle stieß. Als der Vorräum am folgenden Morgen geöffnet wurde, drang den Eintretenden dichter Qualm entgegen, die Kranke lag ersüßt am Boden. Die Irrensinne hatte vermoht, die eiserne Ofentür offen zu schrauben, sie hatte Theile ihrer Matratze hineingestopft und dadurch den erstickenden Qualm erzeugt. Auch Theile der Diele waren angebrannt. Die Angeklagte behauptete, daß sie nach bester Ueberzeugung gehandelt habe und unmöglich habe annehmen können, daß die Kranke im Stande wäre, die heiße Ofentür ohne Schlüssel zu öffnen. Der dirigirende Arzt der Anstalt, Dr. med. Fischer, behauptete, daß der Vorräum vorher nie zum Unterbringen von Kranken benutzt worden sei und Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Elten erklärte, daß es geradezu widererinnig sei, zwei Kranke gleichzeitig in einem Isolirraum unterzubringen, denn isoliren heiße doch, eine Person von allen übrigen zu trennen. Wenn der Umstand, daß eine Anstalt, die zur Aufnahme von 50 Patienten bestimmt sei, nur eine Isolierzelle zur Verfügung habe, auffallen könne, so müsse dem entgegengehalten werden, daß in den Filialen der Daldorfer Anstalt, als welche diese Privat-Irrenanstalten angesehen werden müßten, nur gutmüthige Kranken untergebracht würden und Ausschreitungen selten vorkämen. Die Zeugin Collin räumte ein, daß sie wiederholt zwei Kranke in dem Isolirraum habe unterbringen lassen und auch wiederholt den Vorräum als Krankenzelle benutzt habe. Eine gedruckte oder schriftliche Instruktion für die Wärterinnen bestche in ihrer Anstalt nicht, dieselben würden bei ihrem Eintritt nur ermahnt, die Kranken liebevoll zu behandeln. Mit Rücksicht auf die Bösartigkeit der Wettermann würde die Zeugin allerdings nicht gelitten haben, daß dieselbe während der Nacht allein in dem Vorräum blieb. Die Wettermann hatte immer eine besondere Reizung, sich an den Ofen zu schaffen zu machen. Der Staatsanwalt verlannte nicht, daß die Zustände in der Collin'schen Anstalt unvorschriftsmäßig und ungehörig gewesen seien. Von dem Vorwurfe der Haftfähigkeit könne die Angeklagte aber trotzdem nicht befreit werden, denn sie mußte mit der ihr betrauten krankhaften Reizung der Wettermann rechnen. Er beantragte gegen die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dorn II, trat mit Wärme für die Freisprechung der Angeklagten ein, die angesichts der örtlichen mangelhaften Verhältnisse nicht anders verfahren konnte, wie sie gethan.

Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil. Eine Trennung der beiden Kranken war geboten. Der Angeklagten standen nur Räume zur Verfügung, in denen sich ebenfalls Ofen

befanden und deshalb könne es nicht als eine Haftlosigkeit angesehen werden, wenn sie den Vorräum in Gebrauch nahm. Sollte nicht eigentlich die Wefixerin der famosen Privat-Irrenanstalt auf die Anklagebank gehört?

Das Andenken an den seligen „groben Gottlieb“ spielte bei einer Entscheidung mit, die die 6. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schankwirth H. zu treffen hatte. Am 26. November d. J. forderte ein Gast des Angeklagten einen Schenkmann auf, ihm die Persönlichkeit einer Kellnerin festzustellen, die ihn überwohltheilt habe. Der Schenkmann begab sich demnach in das Lokal, ließ sich das Kellnerinnenverzeichnis vorlegen, welches der Angeklagte mit verächtlicher Miene auf den Tisch geworfen haben soll und erklärte dem Angeklagten, daß er die Personal-Angaben der betr. Kellnerin in dem Verzeichnisse nicht herausfinde. Darauf erklärte der Angeklagte in nicht sehr liebenswürdigem Tone: „Sie scheinen nicht lesen zu können; da steht es ja, sehen Sie doch nach!“ Das Schöffengericht erachtete den Schenkmann durch die ganze Art des Auftretens des Angeklagten für beleidigt und verurtheilte letzteren zu 60 Mark Geldstrafe. — Im gestrigen Termin führte Rechtsanwalt Leopold Meyer aus, daß das Hintertreiben des Ruches wohl als eine grobe und unpolirte Handlung, nicht aber als Ehrverletzung und Beleidigung angesehen werden könne. Aber auch in der Aeußerung des Angeklagten liege keine beleidigende Kundgebung, denn das Absprechen einer Fähigkeit, etwas zu leisten, sei noch keine Beleidigung. Wenn der Angeklagte wirklich die Aeußerung gethan habe, so sei sie doch nur eine ganz thörichte Bemerkung gewesen, denn die Schenkleute seien früher Unteroffiziere gewesen und dem Angeklagten habe nicht zweifelhaft sein können, daß solche lesen und schreiben können. Er habe jedenfalls nur gemeint, daß der Beamte seine Schrift nicht lesen könne. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß bei der Derbheit und Naturwidrigkeit, die manchem kleineren Gastwirth in seiner Ausdrucksweise innewohne — er zog den ehemals stadtbekanntem „groben Gottlieb“ als Beispiel heran, nicht ohne Weiteres anzunehmen sei, daß der Angeklagte eine beleidigende Absicht verfolgt habe. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf Freisprechung.

Die Arbeiter Karl Saul und Frh Adam fanden gestern vor der neunten Strafkammer, um sich wegen jener in der Nacht zum 9. Januar in der Chausseestraße begangenen Ausschreitung zu verantworten, bei denen der Arbeiter Drogowski von dem Kriminalschyrmann Müller erschossen worden ist. Die Verhandlung wurde vertagt, da die angeklagten Arbeiter die Vorladung einer Anzahl Entlastungszeugen verlangten.

Die Reize der deutschen Rechtsprechung treten besonders dann recht augenfällig in die Erscheinung, wenn man ihnen die zurückgebliebene Justiz anderer Länder entgegenhält. Vor kurzem (in Nr. 51) berichteten wir, daß in Schwien ein Outsarbeiter zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt wurde, weil er den gutsherrlichen Schweinen die Nahrung gestohlen hatte, um mit dem Viehfutter seine hungernden Kinder satt zu machen.

Hierzu schreibt uns ein Leser aus London: Vor einigen Wochen schlich sich hier ein armer Mann in einen Bäckerladen und stahl ein Brot, um seinen Hunger zu stillen. Der Bäckermeister ließ ihn nach und übergab den Dieb einem Schenkmann. Den anderen Tag kam die Angelegenheit vor das Polizeigericht. Dort kam es jedoch ganz anders, als der Bäckermeister vermuthet hatte. Der Magistrat machte den Bäckermeister tüchtig herunter, weil er sich nicht geschämt hatte, einen armen, hungerigen, bis jetzt unbescholtenen Mann wegen des Diebstahls eines Brotes zu verklagen, und sprach den „Dieb“ von Strafe und Kosten frei! Der Bäckermeister wurde jedoch unter Anwendung eines alten englischen Gesetzes, welches denjenigen Bäcker oder Schlächter, oder überhaupt einen Händler in Schwaaeren, der seinen Laden unbeaufsichtigt läßt und dadurch hungrige Leute in Verführung bringt zu stellen, unter Strafe stellt, mit einem Schilling bestraft.

Wie sicher müssen sich doch unsere Kapitalisten in Deutschland fühlen und mit welcher Verachtung müssen sie auf das wilde England heraberblicken, wo sogar das Gesetz dem Richter die Ausübung humanitärer Grundsätze gestattet!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zentrum und Militärvorlage.

Böln, 13. März. (W. S.) Zu der bevorstehenden Entscheidung über die neue Militärvorlage schreibt die „Königliche Volks-Zeitung“: Für die weitere Entwicklung der Dinge komme es darauf an, daß morgen die Regierungsvorlage in zweiter Lesung mit möglichst großer Mehrheit abgelehnt werde. Insbesondere müsse das Zentrum vollständig zur Stelle sein. Sollte der Versuch gemacht werden, durch eine Reichstags-Auflösung die volle Bewilligung der Militärvorlage durchzusetzen, so würde sich dieser Versuch namentlich gegen das Zentrum richten, welches den aufgedingten Kampf mit aller Entschiedenheit aufnehmen müsse.

Breslau, 13. März. (W. S.) Wie der „Dresl. Gen.-Anz.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die heute in Breslau tagende Vereinigung ostdeutscher Handelskammern den Antrag: a) gegen jede Erhöhung des Postregals, b) gegen jede Erweiterung des Postregals Protest zu erheben, einstimmig angenommen.

Pettau (Steiermark), 13. März. (W. S.) Das Kriegsgericht verurtheilte den Hauptmann Müller und den Oberleutnant Tompa zu drei resp. zwei Monaten Garnisonsarrest, weil dieselben feinerzeit den Privatier Grossauer durch Säbelhiebe schwer verwundet hatten.

Paris, 13. März. (W. S. W.) Deputirtenkammer. Allard richtete die bereits angekündigte Anfrage an den Marineminister über die jüngste Explosion bei Toulon. Der Marineminister Lodyer erwiderte, die Untersuchung habe bisher keinerlei positive Erfolge gehabt, denn auf der Unglücksstätte habe sich keine Spur gefunden und die meisten Zeugen der Katastrophe seien todt oder nicht im Stande Auskünfte zu geben. Die gerichtliche Untersuchung verfolgte den Zweck, festzustellen, ob es sich um ein Attentat handelte. Er lege den auf den Posten abgegebenen Revolvergeschüssen und der Auffindung der Dynamitpatronen keine Wichtigkeit bei. „Unsere Aufmerksamkeit“, fügte der Minister hinzu, muß ernstlich auf die Vorgänge in der Umgegend von Toulon und dem Arsenal gerichtet sein. Die Möglichkeit eines verbrecherischen Anschlages ist augenscheinlich, ein solches kann auch durch Unterschleiben einer ein Uhrwerk enthaltenden Kiste an Stelle einer Pulverkiste oder durch Einschleppen einer anderen Höllemaschine in das Pulvermagazin ausgeführt werden.

Paris, 13. März. (W. S. W.) Picquard wurde heute von der Militärbehörde der bürgerlichen Gerichtsbarkeit ausgeliefert. Er wurde aus dem Militärgefängnis „Cherche Midi“ in das Zivilgefängnis „de la Santé“ übergeführt und in derselben Zelle untergebracht, in welcher er nach seiner Verhaftung internirt worden war.

Bourges, 13. März. (W. S. W.) Im hiesigen Feuerwerks-Laboratorium fand beim Laden eines Geschosses eine Explosion statt; sieben Soldaten wurden verwundet; das Laboratorium ist zerstört.

London, 13. März. (W. S. W.) Unterhaus. Das Haus verurtheilt ohne Abstimmung einen Antrag Pitt-Rivers Morgan's auf Vertagung des Hauses als Zeichen der Mißbilligung des Verhaltens des britischen Gesandten in Veking, und zwar weil dieser die Forderungen Italiens unterstütze. Prodic erklärte: Italien hat seine jetzige Stellung völlig aus eigener Initiative eingenommen; die einzig richtige Stellung der britischen Regierung demgegenüber ist die einer Italien befreundeten Macht. Courtnay hält Englands Aktion in eigenen und in Italiens Interesse für höchst bedauerlich. Jeder, der die Verhältnisse Italiens lenne, müsse wünschen, daß er seine Thätigkeit und seinen Ehrgeiz auf seine häuslichen Angelegenheiten beschränke.

Rom, 13. März. (W. S. W.) Heute ging das Gerücht um, gegen die Deputirtenkammer sei ein Attentat beabsichtigt, doch verlief die Sitzung in wüster Ruhe und ohne jeden Zwischenfall.

Reichstag.

55. Sitzung, Montag, 13. März 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Salow, von Thielmann. Die zweite Beratung des Etats für das „Auswärtige Amt“ wird fortgesetzt.

Zu außerordentlichen Vergütungen und Unterstufungen für Unterbeamte und Kanzleibeamte werden 67 000 M. gefordert.

Abg. Münch-Gerber (natl.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die deutschen Konsuln in ihren Berichten der Industrie nicht die gleichen Dienste bieten, wie die Konsuln anderer Nationen ihrer heimischen Industrie. Diesem Uebelstand könnte abgeholfen werden, wenn, wie dies in England geschieht, den Gesandtschaften Handelsattachés beigegeben werden.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Nischhofen erwidert, daß dem Auswärtigen Amt gerade wegen der Konsularberichte, die im Handelsrathe veröffentlicht werden, vielfach Anerkennung geworden wäre. Die Regierung werde sich aber Mühe geben, die Berichte möglichst für die Industrie nutzbar zu machen.

Die Forderung wird bewilligt. Zur Unterstufung deutscher Schulen im Auslande werden 800 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt, diese auch ausdrücklich an Bibliotheken auszugeben.

Abg. Schrader (fr. Sp.) bittet um möglichste Berücksichtigung des Orients bei der Vertheilung des Fonds.

Abg. Gaffe (natl.) weist auf die Bedeutung der deutschen Schulen im Auslande für die Aufrechterhaltung der deutschvölkischen Weisheit hin und spricht seine Genehmigung über die Erhöhung des Fonds aus.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, die Forderung bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Die einmaligen Ausgaben werden debattelos genehmigt, ebenso die Einnahmen.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolutionen: I. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Berichte der Land- und forstwirtschaftlichen Sachverständigen im Auslande den Reichstags-Abgeordneten in möglichst ausführlicher Form zuzugehen zu lassen.

II. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die Errichtung einer tropenhygienischen Anstalt eine Forderung in den nächstjährigen Etat einzustellen zu wollen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) wünscht, daß letztere Anstalt möglichst unabhängig vom Reichs-Gesundheitsamt sein sollte.

Abg. Endemann (natl.) weist auf die Bedeutung der Bekämpfung der Tropenkrankheiten für die Bewohnbarkeit der Kolonien hin.

Kolonialdirektor v. Buchta hält die Anstalt für ein unabweisbares Bedürfnis, hauptsächlich zur Unteruchung Malariaerkrankter. Es würde sich vielleicht empfehlen, sie dem Kolonialrat anzugliedern.

Die Resolutionen werden nahezu einstimmig angenommen. Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Antrags Nicker, betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Wahlen für den Reichstag.

Abg. Bachnide (fr. Sp.) betont, daß es sich hier nicht um irgend eine Abänderung der Verfassung, sondern nur um Bestimmungen handelt, die das bestehende Wahlrecht zu seiner richtigen Handhabung gelangen lassen sollen.

Abg. Herzfeld (Soz.): In Mecklenburg bedeutete die Einführung des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts seiner Zeit nicht etwa die Folge einer natürlichen politischen Entwicklung, sondern es bildete vielmehr einen Fremdkörper im Staatsleben, da vorher eine Mitwirkung des Volkes bei den Wahlen überhaupt nicht bestanden hatte.

Demgemäß wurde denn auch die Ausübung dieses Rechts von den herrschenden Gewalten in Mecklenburg nach Möglichkeit erschwert, wie auch das notwendige Korrelat dieses Wahlrechts, das Vereins- und Versammlungsrecht in Mecklenburg so gut wie nicht besteht, oder vielmehr ein Recht mit doppeltem Boden ist.

Die Ausübung dieses Rechts ist nämlich von der Genehmigung des Ministeriums abhängig und dieses ertheilt die Genehmigung natürlich nur Vereinen, die eine den herrschenden Klassen geichne Politik treiben. Grundfänglich wird der Sozialdemokratie in Mecklenburg das Vereins- und Versammlungsrecht nicht gewährt.

Die Bevölkerung muß also das Wahlrecht ausüben, ohne daß es möglich ist, in Versammlungen dieselbe in dieser Beziehung aufzuklären. Die mecklenburgische Regierung thut sogar alles, um diesen Zustand noch zu verschlimmern. So wurde die letzte Wahlkampagne von der Regierung durch eine große Anzahl von Hausστάtionen eingeleitet.

Es bestehen nämlich in Mecklenburg sogenannte Arbeiter-Bildungsvereine, und die Hausστάtionen sollten Material liefern, um zu beweisen, daß diese Vereine Propaganda für Wahlzwecke trieben. Es wurde aber nur festgestellt, daß diese Vereine in früheren Jahren sich an Manifesten betheiligt hatten und in ihren Bibliotheken Bücher besaßen, die die Geschichte nicht auf die übliche Art zu Gunsten der herrschenden Klassen fällten.

Das mecklenburgische Ober-Landesgericht hat nun entschieden, daß ein Verein schon ein politischer ist, wenn er das Ziel verfolgt, bei seinen Mitgliedern eine bestimmte politische Meinung zu fördern. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nebrigens werden in Mecklenburg neuerdings auch Gewerkschafts-versammlungen häufig aufgelöst, indem man ihnen nachsagt, sie verfolgten politische Zwecke.

Nun besteht aber der § 17 des Reichswahl-Gesetzes, welcher wenigstens im Wahlkampf auch der mecklenburgischen Bevölkerung das freie Vereins- und Versammlungsrecht giebt. Es ist aber in neuerer Zeit seitens des mecklenburgischen Oberlandesgerichts eine Entscheidung erfolgt, welche auch in dieser Beziehung die weiteste Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes bedeuten kann.

Am 5. Juni 1898 wurde eine Versammlung, die am Sonntag Nachmittags 6 Uhr stattfinden sollte, aufgelöst, ihre Teilnehmer angeklagt vom Ober-Landesgericht wurden die Angeklagten am 4. Jan. 1899 auf Grund eines Gesetzes verurteilt, über die Sonntagshelligung vom 8. August 1855. Dort heißt es, an Sonn- und Festtagen dürfen „geräuschvolle Zusammenkünfte“ jeder Art vor 6 Uhr Abends nicht beginnen.

Während sich nun die Anwesenden in der Versammlung ruhig verhalten hatten und nur zum Schluß ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht worden war, so erklärte das Ober-Landesgericht doch diese Versammlung für eine „geräuschvolle Zusammenkunft“ im Sinne der Verordnung vom Jahre 1855.

Kußerdem wurde gesagt — und das ist die Hauptsache — dieses Gesetz vom Jahre 1855 bezwecke lediglich die Aufrechterhaltung der älteren Ruhe und Ordnung mit Rücksicht auf die religiöse Bedeutung der Sonn- und Festtage, habe gar keine politische Bedeutung und könne daher auch nicht durch den § 17 des Wahlgesetzes aufgehoben werden.

Schließlich bemerkte noch das Ober-Landesgericht, die Verhandlungen des Reichstags über das Verhältnis des § 17 zu dem Gesetz über die Sonntagshelligung könnten von ihm nicht verwerthet werden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun erinnere ich Sie nur daran, wie sich der Reichstag in dieser Beziehung geäußert hat. Im Jahre 1890/91 wurde die Wahl des Abgeordneten v. Oetgen beanstandet, weil eine Versammlung aus dem erwähnten Grunde aufgelöst worden war. Der Reichstag erklärte damals einstimmig, daß die Verordnung vom Jahre 1855 gegenüber dem § 17 des Wahlgesetzes keine Geltung habe und der Abg. v. Oetgen legte daraufhin sein Mandat nieder.

Trotzdem erklärt jetzt das Ober-Landesgericht, daß die Verhandlungen des Reichstages in dieser Frage für eine keine Bedeutung hätten. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Tragweite dieser Verordnung über die Sonntagshelligung ist aber eine außerordentlich große. Im § 1 derselben werden nämlich ge-

räuschvolle Zusammenkünfte auch an Sonntagen und den Abenden vor Fest- und hohen Festtagen verboten, d. h. an circa 160 Tagen im Jahre ist das Recht, Versammlungen abzuhalten, in Mecklenburg aufgehoben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Nebrigens ist noch zu bemerken, daß diese Verordnung nicht einmal für jedermann gilt. Nach dem § 7 derselben kann Dispens von all diesen einschränkenden Bestimmungen von dem Ministerium ertheilt werden. Also auch dies ist wieder ein Gesetz mit doppeltem Boden. Der Reichstag hat also alle Veranlassung, gegenüber solchen Entscheidungen dafür zu sorgen, daß dergleichen Einschränkungen des Wahlrechts in Zukunft nicht mehr möglich sind. — Nun hat außerdem der mecklenburgische Landtag am 10. Februar 1899 beschlossen, diesem Gesetz über die Sonntagshelligung einen Zusatz zu geben, wonach auch die Herstellung und Vertheilung von Druckchriften für die Sonn- und Festtage verboten wird. Daß diese Bestimmung sich auch lediglich gegen die Sozialdemokratie richte, gab die konservative Presse offen zu und ebenso die Herren Fromm und Schellenborff und von Malhan. Es ist also ganz klar, daß dies Sonntagsgesetz durchaus nicht nur religiöse Zwecke verfolgt, sondern dazu da ist, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen und ihr auch die reichsgesetzlich gewährleisteten Rechte zu nehmen. Aber mehr noch! Gleichzeitig wird auch das Reichs-Wahlrecht auf das Schlimmste durch diese Verordnung eingeschränkt, da es an Sonntagen den ganzen Tag über nicht gestattet sein soll, Zeitungen auszutragen oder überhaupt Druckchriften anzubieten, außer die am Orte selbst hergestellt sind. Ebenso wird auch die Reichs-Gewerbe-Ordnung (Glocke des Präsidenten) ...

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte den Herrn Redner, doch nicht die gesammte Reichs-Gesetzgebung bei dieser Gelegenheit zu erörtern, sondern sich auf das, was mit dem Wahlgesetz zusammenhängt, zu beschränken.

Abg. Dr. Herzfeld (fortfahrend): Ich bemerke nur, daß diese Bestimmung insofern mit dem Wahlgesetz zusammenhängt, als das Vertheilen von Druckchriften für die Wahlzwecke von größter Bedeutung ist. Bemerkenswert ist auch, daß es im letzten Wahlkampfe der Sozialdemokratie nicht möglich war, in Mecklenburg ein Lokal zu Wahlversammlungen zu bekommen. Als Nebel im Nothort eine Versammlung abhalten wollte, und es gelungen war, einen Zirkus dazu zu mieten, verbot die Polizei die Versammlung aus hauspolizeilichen Gründen! Auf dem Lande konnten die Versammlungen nur in Scheunen abgehalten werden. Also liegen die Dinge in Mecklenburg so, daß die Sozialdemokratie die Gleichheit, die bestehende Ordnung verteidigen muß, während die Regierung die Gesetze aufheben will. Ich habe jetzt die Ehre, der einzige sozialdemokratische Abgeordnete aus Mecklenburg zu sein, aber ich glaube sagen zu können, daß das nächste Mal mehrere sozialdemokratische Abgeordnete aus Mecklenburg in den Reichstag kommen werden. (Wraus! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bachem (Z) erklärt sich für den Gesetzentwurf und meint, derselbe würde eine Menge politischen Mißbehagens beseitigen.

Abg. Reittich (L): Die Ausführungen des Abg. Herzfeld haben verdammt wenig mit dem vorliegenden Gesetze zu thun. Ich will einiges auf sie erwidern: Nirgends geht die Wahlhandlung so ordnungsgemäß zu, wie in Mecklenburg (große Heiterkeit). Während der Wahl und nach der Wahl wird die Abhaltung von Versammlungen im weitesten Maße gestattet (Heiterkeit). Auch die Sache mit den Sonntagsgesetzen ist so eine schiefse Darstellung. Die Kontervaiben werden da genau denselben Bestimmungen unterworfen wie die Sozialdemokraten. Im Nebrigen: Gott sei Dank, daß es noch einige Tage giebt, in denen man von Wahlaufrührungen verschont bleibt. (Heiterkeit.) Ich freue mich über alle Maßnahmen gegen die staatsstürzenden Sozialdemokraten; aber verhandelt haben Sie es selbst durch ihr gewissenloses Vorgehen. (Wraus! rechts, Lachen links.)

Abg. Haukmann-Vöblingen (südd. Sp.): Die württembergische Regierung war einseitig genug, die Nothwendigkeit eines besseren Schutzes des Wahlgeheimnisses anzuerkennen. Man wird viel Unzufriedenheit empfinden, wenn man endlich sich auch im Reiche dazu entschließen wird.

Abg. Frhr. v. Malhan (L) findet, daß man den mecklenburgischen Behörden und den Herren v. Fromm und v. Malhan zu großem Dank verpflichtet sein müsse, weil sie so offen den Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamirt haben. Im Nebrigen qui vivra verra. Ob Herr Herzfeld mit noch einigen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstag das nächste Mal einziehen wird, wird sich finden. Den großen Kladderath haben sie auch oft genug prophezeit: noch ist er nicht eingetroffen.

Abg. Wetterlé (Eli.) begründet die Nothwendigkeit der besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses mit einem Hinweis auf einen Vorfall im Elsaß, wo ein Kreisdirektor das Wahlgeheimnis verletzt hatte, dafür befohlen wurde und bei einem Abschiedsmahle ruhig erklärte: er würde das-selbe nach wie vor thun. (Hört! Hört!)

Abg. Bachnide (fr. Sp.): Darin muß ich dem Herrn Reittich recht geben: ganz preussisch geht es in Mecklenburg bei der Wahlhandlung nicht zu. Aber parteiisch wird natürlich dort genug verfahren. Die Sonntagsverordnung ist thatsächlich ein Ansehmegelei gegen die Sozialdemokratie. Erreichten wird man natürlich dadurch nicht: dürfen die Sozialdemokraten ihre Flugblätter nicht am Sonntag vertheilen, so werden sie sie an den übrigen 6 Tagen der Woche vertheilen.

Abg. Herzfeld (Soz.): Ich akzeptire das Zugeständniß der beiden Herren von der Rechten: daß das Sonntagsgesetz nicht aus religiösen Motiven erlassen ist, sondern aus politischen, aus Haß gegen die Sozialdemokratie, gegen das Reichs-Wahlrecht und das Reichs-Versammlungsrecht. Die Herren haben wieder einmal bestätigt, daß wir Sozialdemokraten diejenigen sind, die Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten (Lachen rechts), und daß die Herren drüben die wahren Umstürzler sind. (Erneutes Lachen rechts.)

Im Nebrigen, wenn die Herren so sehr für die Sonntagseruhe eingenommen sind, so empfehle ich ihnen, die Sonntagseruhe auf den Landgütern abzuschaffen. Dann werden Sie ein Sonntagsgesetz schaffen, dem auch wir zustimmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte. In der darauf folgenden Spezialdebatte wird der Antrag Nicker angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hehl zu Herrnsheim (natl.) auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen.

Der Antrag lautet: Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des Artikels 4 Ziffer 9 der Reichsverfassung eine Reichskommission einzusetzen, welche den Zustand der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und zwar mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte und der Schiffer, sowie mit Rücksicht auf die Fischzucht zu beaufsichtigen hätte.

Abg. Frhr. Hehl zu Herrnsheim (natl.) begründet den Antrag unter Hinweis auf die einschlägigen Verhältnisse auf Rhein und Main. Die Petroleumlöhne des Herrn Hoffkeller verunreinigten die Wasser in hohem Grade. Die Fische seien, soweit sie nicht selbst zu Grunde gingen, wegen des Petroleumgeschmades ungenießbar, die Schiffer konnten das Wasser nicht trinken, das Wasser werde zum Baden ungeeignet, ja bei Ueber-

schwemmungen verpflanze das mit schädlichen Bazillen gefüllte Wasser die Krankheitskeime auf das Land. Redner schildert die Verhältnisse der örtlichen Verhältnisse und führt den Nachweis, daß eine einheitliche Aufsicht durchaus notwendig sei, zumal sich Mannheim und andere Städte ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe.

Abg. Dreesbach (Soz.) schickt voraus, daß er nicht im Namen seiner Fraktion spreche, sondern nur als Vertreter seines Wahlkreises Mannheim. Als solcher müsse er die Angriffe, die der Vorredner gegen Mannheim gerichtet habe, als unberechtigt zurückweisen. Die Abführung der Schmutzwasser in die Flüsse sei nach dem Urtheil Peitenlofer's ungefährlich. Das Leitungswasser in Worms sei nach wie vor als vorzüglich analysirt worden, obwohl die Stadt Mannheim ihre Kanalwässer jahrelang in den Rhein abgeführt hat. Von einer Verletzung des Rheines könne überhaupt keine Rede sein. Wenn die Wormser sich jetzt so stellen, als sträteten sie sich vor den Mannheimer Schmutzwässern, so ist das eitel Heuchelei. (Vizepräsident v. Frege: Ich nehme an, daß Sie nicht dem Herrn Abg. v. Hehl den Vorwurf der Heuchelei machen wollten.) Die Anwesenden sind selbstverständlich ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Aber diese Furcht der Stadt Worms ist wirklich Heuchelei, denn es ist längst festgestellt, daß die Flüsse sich von selbst reinigen. Da Abg. v. Hehl meinte, der Mittelrhein werde durch Mannheim noch zu einer großen Kloake, so überschätzt er die Leistungsfähigkeit meiner Mitbürger. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Bernstorff-Neuzen (Welfe): Die Nothwendigkeit des Gesetzentwurfes hat der Herr Vorredner nicht widerlegt. Ich hoffe, daß die Zustimmung zu der Vorlage eine möglichst einheitliche sein wird, und daß der Kommission eine möglichst weitgehende Kompetenz übertragen werde.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Schlusswort des Antragstellers wird der Antrag angenommen; für denselben stimmen auch die Sozialdemokraten mit Ausnahme des Abg. Dreesbach.

Es sollte jetzt die erste Beratung des von den Antisemiten eingereichten Gesetzentwurfes, betreffend das Verbot der Schächtbierre, folgen.

Auf Antrag des Abg. Viehhaben (Antis.), der das Material zu Begründung des Antrages nicht zur Stelle hat, wird der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgen Petitionen. Die Petition, betr. die Approbation weiblicher Aerzte wird, nachdem der Referent Abg. Calwer und Abg. Schrader (fr. Sp.) sie bestritten hatten, dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Die Petitionen, betreffend den Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal werden dem Reichskanzler als Material überwiesen, desgleichen die Petitionen, betreffend Abänderung des Kranken-Versicherungsgesetzes.

Es folgen Petitionen, betreffend die Sonntagseruhe. Der Antrag der Kommission lautet auf Ueberweisung als Material.

Abg. Veibel (Soz.): Es handelt sich im Wesentlichen um eine Petition der deutschen Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher, die eine Abänderung der Gewerbe-Ordnung wünscht. Sie wünschen eine strengere Durchführung der Sonntagseruhe: die Lehrlinge und Gehilfen sollen sofort mit Beschäftigung entlassen werden. Um das durchzuführen zu können, wünschen sie, daß alle Berufsangehörige hierzu gezwungen werden, weil sonst die Konkurrenz der anderen ihnen dies unmöglich mache. Es handelt sich hier um einen ganz ähnlichen Fall, wie seiner Zeit der Feststellung der Sonntagseruhe für das kaufmännische Gewerbe. Damals wurde auch die Säädigung der einzelnen Geschäfte als Grund für die allgemeine Durchführung der Sonntagseruhe ins Feld geführt. Ich bin der Ansicht, daß wir alle Ursache haben, derartigen Wünschen stets nachzukommen und glaube daher, daß eine bloße Ueberweisung als Material nicht ausreicht. Ich beantrage daher, daß der Reichstag weiter geht und die Petition zur Berücksichtigung dem Reichskanzler überweist.

Einige Redner bestritten, es bei den Beschlüssen der Kommission zu belassen.

Der Antrag Veibel wird verworfen, der der Kommission angenommen.

Die Petitionen auf Verbot der erwerbemäßigen Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren wird auf Antrag der Petitionskommission dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Ueber eine Petition auf schleunige Beseitigung der Goldwährung und Einführung der Doppelwährung wird debattelos zur Tagesordnung gegangen.

Die Petitionen betreffend die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit werden der Regierung als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Zweite Beratung des Militärvorlage. Schluß 5 1/2 Uhr.

Zur Reichstags-Ersatzwahl im zweiten Berliner Wahlkreise.

Eugen Richter ist allmähig in seiner politischen Volensität bis auf den Stumm heruntergekommen. Weil unser Genosse früher in der Wählerversammlung am letzten Freitag bereits in der Lage war, die Lügen und Verdrehungen eines freisinnigen Flugblattes zu widerlegen, das erst am Sonntagabend zur öffentlichen Verbreitung gelangte, schreibt Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ voll Wuth:

Wie anders können die Sozialdemokraten in den Besitz dieses Flugblattes gekommen sein als durch Diebstahl?

Vielleicht geht Herr Eugen Richter noch weiter und veranlaßt, daß die Herausgeber des Flugblattes bei der Staatsanwaltschaft eine Denunziation einreichen gegen „die Sozialdemokraten“ wegen Diebstahls oder doch Heberei.

Was aber einem Stumm erlaubt ist, ist dem freisinnigen Zeitungsdirektor Richter noch lange nicht erlaubt, wenn er nicht auf den letzten Rest politischen Anstandes, auf den er nun einmal noch Anspruch erhebt, verzichtet will. Als Politiker und Redakteur weiß Herr Richter aus eigener Erfahrung nur zu gut, wie leicht und ohne jeden Schritt zur Erwerbung Schriftstücke und Material im politischen Kampfe dem Gegner zugetragen werden. Wer da gleich den schändlichen Vorwurf des Diebstahls erhebt oder auch nur zutraut, erregt allzuleicht den Verdacht, selber nicht sauber über'm Kierensstid zu sein in der Wahl seiner Mittel zur Bekämpfung des politischen Gegners.

Niedrige Verleumdungen Eugen Richter's. Nicht zufrieden mit der Thatlage, daß der freisinnige Magistrat den Wahltermin auf Anfrage des Oberpräsidenten nach dem April-Umzugstermine angelegt wünschte, wodurch die Freisinnigen eine weitere Benachteiligung der sozialdemokratischen Wählerchaft aus der stützenden Arbeiterbevölkerung zu erwischen hoffen, sucht Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“ die geschädigten Gegner auch noch mittels alberner Verleumdungen zu verächtigen. Er behauptet:

... im Jahre 1898 haben Sozialdemokraten sich als im (2.) Wahlkreis wohnend und solchen Häusern zur Wählerliste angemeldet, in denen niemals auch nur eine einzige Nacht gewohnt hatten.

Diese aus den Fingern gefundene Aechtheit ist so dumm und so verächtlich, daß sogar die offiziöse Reptilpresse, die vor 20 Jahren

mit ähnlichen Behauptungen haften ging und beispielweise die Hamburger Wähler immer nur mit Massenmärgen und förmlichen Wählerwanderungen der Hamburger Genossen erklären konnte, schon seit Jahren darauf verzichtet hat. Aber, wenn Sozialdemokraten in Frage kommen, ist dem tapferen Freisinnführer kein Mittel zu schlecht und zu dumm und seine Bundesgenossenschaft zu unsauber. Schließlich wundert sich heute niemand mehr darüber, wussten doch sein eigener Parteigenosse Perls, sein eigener Parteikandidat Heinz Krieger, ja sogar sein eigener Fraktionsgenosse Kreitzing es sich widerspruchslos gefallen lassen, daß Eugen Richter vorigen Herbst in seinem Blatte beifällig nachdrückte, daß sie politische Nullen seien, die außerhalb Berlins ohne jede Bedeutung und gänzlich unfähig seien, sich zu Führern der freisinnigen Volkspartei aufzuschwingen. Wer gegen seine eigenen Parteigenossen derartig sich benimmt, hat natürlich seinen Gegnern gegenüber erst recht die Begriffe für politische Ehre und Anstand verloren. Und über Eugen Richter ging ja schon vor Jahren unter seinen eigenen Parteigenossen das geflügelte Wort um: wenn Eugen seine Art des politischen Kampfes auf bürgerliche Leben übertragen würde, wäre er längst schon aus jeder anständigen Gesellschaft ausgewiesen worden.

Kommunales.

In seiner außerordentlichen Sitzung am Montag hat das Magistrats-Kollegium den freihändigen Ankauf der zur Verbreiterung der Kohnstraße, infolge des Neubaus der Kohnstraßenbrücke, erforderlichen Grundstücke: Neue Kohnstraße 12 (von der Kalkstrasse bis zur Spree) und Kohnstraße 13 und 14 beschlossen und wird hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Die von den Gemeindebehörden zur Ehrung des früheren Oberbürgermeisters Jelle beschlossene Zuwendung von 300 000 Mark an die „v. Jordanbed-Stiftung“, die nimmere den Namen „v. Jordanbed-Jelle-Stiftung“ führt, hat die königliche Genehmigung erhalten.

Das Magistrats-Kollegium ist den abändernden Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung bezüglich der anderweitigen Festsetzung der Dienstaltersgehälter für verschiedene Beamtenkategorien und der Bewilligung von Stellenzulagen beigetreten.

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises werden ersucht, zu der heute Abend bei Cohn, Vauthstr. 20, stattfindenden Volksversammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Kaden über: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner spricht, zahlreich zu erscheinen. Die Vertrauenspersonen.

Jur. Verkauf. Am 18. März veranstaltet der Verein Berliner Hausdiener reg. 1883 einen Maskenball in der Philharmonie. Dies Lokal sieht uns bekanntlich zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Ebenso veranstaltet am 18. März der Konsumverein Vorkauf eine Festlichkeit in den gesperrten Konfektionsläden, Inhaber Saeger. Beide Vereine versuchen Willkür in Arbeiterkreisen zu verkaufen. Ebenfalls ist das Lokal Hohenzollern in der Handwerkerstraße zu Friedenau, in welchem der Naturheilverein sein Stiftungsfest abhält, für die Arbeiterschaft gesperrt.

Der Privat-Mittagstisch.

Wenn Du mich sprechen willst, so komme heute Mittag um 1/2 Uhr nach der S... Straße in den Privat-Mittagstisch. Dort esse ich zu Mittag, hatte meine Freundin geantwortet, als ich sie des Morgens aufgefordert hatte, heute Abend in die Handlungsgehilfen-Versammlung zu kommen. Dann war jeder dem Orte seiner Berufstätigkeit zugeeilt, sie nach der Wall, ich nach der Niedertwallstraße.

Als meine Tischzeit anbrach, ging ich, ihrem Wunsch gemäß, diesmal statt wie sonst nach Hause zur Mutter, zum bezeichneten „Privat-Mittagstisch“. An dem betreffenden Hause war ein Schild mit folgendem Wortlaut angebracht: „Privat-Mittagstisch für Herren und Damen, Herren 50 Pfennige, Damen 30 Pfennige.“ Auf der Treppe bewillkommnete mich ein mehr ausdringlicher als angenehmer Speisegeruch, der mir den Weg wies. An der Küche vorbei gelangte ich in das Speisezimmer für Damen. Es war ein unfreundlicher, dumpfger, halbbaustler Raum; an den ungedeckten Tischen saßen mehrere junge Mädchen, theils essend, theils plaudernd. Sie alle schienen ihrem Aussehen nach Handlungsgehilfinnen zu sein, waren mehr oder weniger geschminkt und meist schmachtig und bloß, einige mit schäbiger Eleganz, andere solide und einfach gekleidet. Auf dem einzigen Sopha in der Stube lag meine Freundin Emma lang ausgestreckt. Sie schien bereits gepeinigt zu haben und sehr müde zu sein. „Ah! Guten Tag, kommst Du wirklich?“ sagte sie erfreut, als sie meiner ansichtig wurde, und erhob sich ein wenig aus ihrer bequemen Lage, um mich einer Kollegin vorzustellen, die ihr gegenüber saß. „Ich möchte ganz gern heute Abend in die Versammlung kommen“, sagte sie dann, nachdem ich meine Bitte von heute Morgen dringend wiederholt hatte, „aber ich bin so fürchterlich müde. Wir haben nämlich jetzt 14 Tage lang bis zehn Uhr Abends arbeiten müssen, und ich muß als Lageristin während des ganzen Tages stehen. Das ist so anstrengend.“ „Du siehst auch sehr blaß und angegriffen aus, Emma!“ sagte ich theilnahmenvoll; „Abends ist doch eigentlich Deine Arbeitszeit von 8 bis 8 Uhr festgelegt, da sollte man in der Saison höchstens eine Verlängerung von 1/2 oder 1 Stunde erwarten, wie dies bei uns war, aber bis 10 Uhr zu arbeiten, das finde ich etwas spät für ein Engros-Geschäft.“ „Du wirst doch aber selber toffen“, meinte Emma, „wie wenig die Herren Chefs danach fragen, was beim Engagement vorher vereinbart ward. Bei uns geht es folgendermaßen zu: Einem schönen Tages tritt der Chef vor uns hin und sagt verbindlich: „Meine Damen, von morgen an müssen wir einmal wieder 14 Tage lang bis 10 Uhr Abends arbeiten, bis der erste Ansturm vorüber ist.“ Er gefällt sich nämlich in einer etwas gewählten Ausdrucksweise. Da giebt es keine Widerrede, wer nicht parirt, wird entlassen. Dann kommen vielleicht 8 Tage der Ruhe, d. h. 8 Tage lang dürfen wir um 1/2 Uhr Abends nach Hause gehen, bis der zweite Ansturm kommt und wir wieder 14 Tage, 3 Wochen oder noch länger bis 10 Uhr arbeiten müssen.“ „Man vergütet Euch natürlich nichts für das Längerarbeiten?“ fragte ich, obwohl ich es mir ja schon denken konnte. „Ich bitte Sie! Wir sind doch keine Arbeiterinnen!“ rief die Kollegin, Fräulein Schmidt, empört, den Arbeiterinnen werden die sogenannten Ueberstunden natürlich bezahlt!“ „Darf ich fragen, was Sie sonst sind, wenn nicht Arbeiterin?“ entgegnete ich gelassen, arbeiten Sie auch nicht für das tägliche Brot, leben Sie nicht auch von der Hand in den Mund wie die Arbeiterinnen, sind Sie nicht ebenso wie der Industrie-Arbeiter genötigt, Ihre Arbeitskraft zu verwerthen, um Ihr Leben fristen zu können?“ „Aun!“ antwortete sie stolz, „wenn Sie noch so viel reden, ich stelle mich noch lange nicht einer Fabrikarbeiterin gleich! Dazu habe ich eine zu gute Schulbildung genossen!“ „Das verdanken Sie einzig dem Zufall Ihrer Geburt, nicht sich selbst!“ gab ich zurück. „Vermuthlich waren Ihre Eltern seiner Zeit in der Lage, Sie in eine höhere Schule schicken zu können. Darauf brauchen Sie weiter nicht stolz zu sein! Volagen Sie lieber, daß die Möglichkeit, eine bessere Schule zu besuchen, nicht von der Veranlagung oder der Vernügfier der Kinder, sondern von der Zahlungsfähigkeit der Eltern abhängig ist.“ Fräulein Schmidt schwieg etwas verlegt. Inzwischen wurde mir von der freundlich schmunzelnden Wirthin die Suppe gebracht, die ich mittrauich musterte und dann ohne jeglichen Genuß aß; denn sie war mager und kraftlos; doch was kann man für 30 Pf. verlangen. Wie ich später hörte, belamen die Damen 1/3 Portion, die Herren eine ganze. — Die vermeintliche hohe Ehre, Wirthin, Lageristin zc.,

kurzum Handlungsgehilfin zu sein,“ fuhr ich fort, „bezahlen Sie etwas theurer! Sie müssen, ohne jede Vergütung, bis in die Nacht hinein arbeiten, wenn es Ihr Prinzipal befiehlt — — „Das thun wir aus Geschäftsinteresse!“ unterbrach mich Fräulein Schmidt lebhaft, „in der Saison geht es überhaupt nicht anders!“ „Gewiß ginge es anders!“ entgegnete ich, „wenn Ihr lieber Chef nur ein paar Damen mehr einstellen wollte! Aber dann würde er allerdings etwas weniger profitieren. Und was das Geschäftsinteresse anbelangt, so könnte man hierfür ganz gut das Wort Chefsinteresse setzen, das wäre zutreffender. Sie müssen nicht Ihr eigenes Interesse ganz und gar über demjenigen Ihres Chefs außer acht lassen! Der wird nie so selbstlos Ihnen gegenüber handeln, sondern Sie ganz einfach entlassen, wenn er Ihrer nicht mehr bedarf, oder Sie bis zur Untauglichkeit ausgenutzt hat. Glauben Sie nicht an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit! Vor allem aber kommen Sie heute mit Emma in die Versammlung!“ Emma hatte aufmerksam zugehört. „Du!“ sagte sie jetzt, „ich komme heute Abend hin. Fräulein Schmidt, Sie doch auch! Nicht wahr? Ich glaube, es wird sehr interessant und lehrreich sein; ich war schon einmal in einer Versammlung.“ „Ich weiß noch nicht“, sagte Fräulein Schmidt unschlüssig. Das Fleisch wurde mir jetzt nebst Kartoffeln servirt. Ich bemerkte indes beim ersten Bissen, daß es etwas Haut goät hatte und sah es ärgerlich von mir; meine arme Emma aber, die wohl bei ihrem Monatsgehalt von 50 Mark nicht sonderlich durchmüht war, fiel freudig über den unerwarteten Lederbissen her. „Das Fleisch ist aber nicht ganz gut“, bemerkte ich schäblich; doch Emma ließ sich nicht irre machen. „O, mir schmeckt es ganz ausgezeichnet!“ sagte sie, dankbar lächelnd, „ich erhielt vorhin von demselben Fleisch.“ „Wie können wir denn“, begann jetzt Fräulein Schmidt wieder, „Ihrer Meinung nach, unsere Interessen am besten wahren? Wenn wir nach Möglichkeit zum Gedeihen des Geschäftes beitragen, denke ich, dann handeln wir doch sicher in unserem eigenen Interesse, denn nur dann können wir auf Zulage hoffen.“ „Natürlich muß man seine Schuldigkeit thun“, sagte Emma, „arbeitet man nicht gewissenhaft, so wird man eben entlassen. Und ich arbeite ja gern, gewiß! Aber ich wünschte, eine kürzere Arbeitszeit zu haben! Doch dies ist ja nicht zu erreichen! Die Verkäuferinnen haben es noch schlechter als wir und besonders in den Konfektionshäusern wird noch viel länger gearbeitet. Auch leume ich eine Fäbrikistin, in welcher die Lageristinnen fast vier Monate im Jahre bis 12 Uhr Nachts thätig sind, würden sie sich dessen weigern, so beláme der Chef statt ihrer leicht Hunderte, die es willig thun würden.“ „Aun“, wiederholte Fräulein Schmidt ihre Frage, indem sie sich gleich Emma zum Ausdruck rüstete, „antworten Sie mir noch rasch, ehe wir gehen, wie könnten wir unsere Lage verbessern, das heißt, ich bin eigentlich ganz zufrieden.“ „Dazu haben Sie allerdings keine Ursache“, erwiderte ich, „wenn Sie genötigt sind, hier für 30 Pf. Mittag zu essen.“ Um unsere Klagenlage zu verbessern, müssen wir uns organisiren, d. h. uns in Kampfvereinen zusammenschließen, und wenn wir, alle vereinigt, eine Macht bilden, erst dann wird es uns gelingen, unsere Lage zu verbessern, unserem Ruf nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen Gehör zu verschaffen; denn der Einzelne vermag nichts, desto mehr die Gesamtheit! Doch ich erwarte Sie heute Abend!“ „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen heute Abend!“ rief Emma, indem sie mir herzlich die Hand drückte, „wir kommen bestimmt in die Versammlung und werden dort noch mehr erfahren.“ Sie entfernten sich eilends; ich erhob mich hungrig und verächtliche meine Juche, mit dem stillen aber unumföhligen Vorsatz, nie wieder in einen „Privat-mittagstisch“ zu gehen.

Die Fürsorge der Polizei waltete über dem Fest, welches der Sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Feier seines zehnjährigen Bestehens am Sonnabend im Feen-Palast beging. Schon beim Eintritt in den Saal erblickte man einige Säuglinge, welche in dem Raume patroullirten. Deshalb die Beamtinnen eigentlich anwesend waren, das blieb den Festtheilnehmern ein Räthsel. Da hier, wie immer bei Massenversammlungen zielbewußter Arbeiter, eine musterhafte Ordnung herrschte, so hatten die offiziellen Ordnungsbüher auch nicht das Mindeste zu thun. Ihre Gegenwart erinnerte uns wieder einmal recht deutlich an die Thatsache, daß wir in einem Polizeistaat leben, wo die weiße Obrigkeit sich verpflichtet sieht, die Staatsbürger — namentlich wenn diese sozialdemokratische Arbeiter sind — auf Schritt und Tritt zu bewachen. Sei es bei der Erörterung ernster Angelegenheiten, sei es bei der Feier frohlicher Feste, ohne Polizei geht es nun einmal nicht.

Während solchergehalt durch die Anwesenheit von Schutzleuten im Festsaal einer Störung der durchaus nicht bedrohten äußeren Ordnung vorgebeugt war, hatte das Polizeipräsidium auch andererseits sich zu sorgen bemüht, daß die feierliche Harmonie der Festtheilnehmer nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werde. Von dem beim Polizeipräsidium eingereichten Programm war der Vortrag der Ludorfschen Arbeiter-Marseillaise gestrichen worden. Was für ein Unheil die Behörde durch diese That verhüten wollte, ist uns unverständlich. Wir glauben bestimmt, daß unter den Besuchern des Stiftungsfestes nicht Einer war, dem die herrliche Ludorfsche Dichtung und deren Melodie unbekannt wäre und der sie nicht schon oft genug gehört und vielleicht selber mitgesungen hätte. Die Mitglieder und Gäste eines sozialdemokratischen Wahlvereins vor den Klängen der Marseillaise schützen wollen, scheint uns ein ebenso sonderbares Beginnen, als ob man einem wetterfesten Seemann die Ohren zuhalten wollte, damit dieser nicht durch das Brausen der Reereswogen erschreckt werde. Aber mit der Streichung der Marseillaise hatte sich der polizeiliche Zensor noch nicht begnügt. Der bekannte, von jedem Arbeiter-Gesangsverein gesungene und schon wer weiß wie oft öffentlich vorgetragene Festesang von Uffmann: „Auf Freunde, laßt das Lied erklingen“, war gleichfalls dem Verbot verfallen, und von dem ebenfalls bekannten Liede „Soat und Ernte“ hatte der polizeiliche Nothstift die zweite Strophe beseitigt. Um unsern Lesern zu zeigen, was alles im Zeitalter der Polizei- und Gottesfurcht geeignet ist, die öffentliche Ruhe, oder Ordnung, oder Sittlichkeit, oder was sonst noch für Herrlichkeiten zu stören, lassen wir die verbotene Strophe von „Soat und Ernte“ hier folgen. Sie lautet:

„Wer Zwietracht nur und Völlerhaß
Im Menschenherzen nährt,
Dem Volke ohne Unterlaß
Das Waffenhandwerk lehret,
Der füt den Krieg,
Er möge bang
Vor seiner Ernte zittern.
Sie kündet Tod und Untergang
In brausenden Gewittern.“

Nach dieser Leistung des Zensors soll es uns nicht wundern, wenn nächstens auch die öffentliche Verbreitung des zariichen Friedensmanifestes, welches sich doch mindestens ebenso entschließen, wie die zitierten Verse, gegen den Krieg ausspricht, verboten wird.

Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß das Stiftungsfest des sechsten Wahlvereins durch die polizeilicherseits beliebte Kürzung des Programms nicht gefördert wurde. Der Verlauf des von mehreren tausend Personen besuchten Festes war glänzend, und die Stimmung der Theilnehmer lam erkennbar zum Ausdruck in dem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie, welches nach der vom Reichstags-Abgeordneten Adolph Thiele gehaltenen Festrede den weiten Saal durchdrangte.

Mit dem Bau des „Gewerkschaftshauses“ wird in dieser Woche begonnen. Die Maurer- und Zimmerarbeiten wurde in engerer Submission vergeben, zu der acht Firmen zugelassen waren, gegen die von Seiten der organisirten Maurer- und Zimmerer auf wiederholte Anfrage Bedenken nicht erhoben wurden. Den Zuschlag erhielt als Mindestfordernde die „Altiengesellschaft für Bau-

ausführung“. Unsere Leser wird es besonders interessieren, daß in dem Vertrag mit der Baufirma die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen (stündliche Arbeitszeit, 60 Pf. Mindestlohn zc.) sowohl für diese als für etwaige Unterarbeitgeber vorgeschrieben ist. Der Rohbau soll im Lauf des Sommers fertig gestellt, das Haus am 1. April 1900 eröffnet werden.

Die Badeanstaltinhaber haben sich organisiert und wollen eine Denkschrift, die sich gegen die kommunalen Monopolbestrebungen auf dem Gebiete des Badeswesens“ wendet, in Massen verbreiten. Es wäre zu wünschen, daß die Badeanstaltinhaber mit ihrer Behauptung über solche Monopolbestrebungen recht hätten. Bis jetzt hat die Stadt auf diesem Gebiete auch nicht entfernt ihre Pflicht erfüllt.

Die projektirte Unterflüßerbahn, welche die Firma Siemens u. Halske vom Potsdamer Bahnhof durch die Königsgrüherstraße, Reichstags-Ufer, Weidendamm bis zur alten Bauakademie bauen will, wird für die von ihr betroffenen Kanalisationsanlagen sehr erhebliche Umänderungen hervorgerufen. Ein größeres Projekt hat die Verwaltung der städtischen Kanalisationswerke hierfür bereits aufgestellt.

Ein Bund der Arbeitgeberverbände Berlins hat sich, wie bürgerliche Blätter melden, kürzlich begründet. Es gehören ihm sieben Vereinigungen mit rund 1000 Arbeitgebern an, die angeblich 85 000 Arbeiter beschäftigen. Ein weiterer Anschluß von fünf Vereinigungen mit 600 Arbeitgebern, bei denen 25 000 Arbeiter beschäftigt werden, steht noch bevor. Die Geschäftsstelle ist die der Berliner Metallwaarenfabrikanten, Alexandrinenstraße 88 (Geschäftsführer L. Rasse). Diese neue Vereinigung muß für die bedrohte Arbeiterkassen ein Ansporn sein, trotz Justizhauslurs und alledem in geschlossener Organisation zusammenzutreten. Immer mehr zeigt sich, daß es für den Arbeiter nicht allein eine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern eine Ehrenfrage ist, sich in Kreue mit seinesgleichen zu verbünden.

In Sachen der zahlungsunfähig gewordenen Volks-Krankenkasse in der Müllerstraße ist offiziell auf den 17. d. Mts., Abends 6 Uhr, eine im Weddingpark, Müllerstraße 178, stattfindende Versammlung angesetzt worden. Ein Herr Joseph Zimmermann, Wiesenstr. 27, ersucht uns, die Interessenten darauf aufmerksam zu machen, daß zur Vorbereitung am Mittwoch Abend 8 Uhr bei Eward, Wiesenstraße 27, eine Versammlung stattfindet.

Die Beschlagnahme des antisemitischen „General-Anzeiger“, der die Reden des Grafen Pückler nachgedruckt hatte, ist aufgehoben worden, ebenso die Konfiskation des „Osterflugblattes“, das die Neden in abgeschwächter Form enthielt. Schwerlich würde die Kultur-menschheit etwas von der Existenz eines derartigen Blättchens erfahren, wenn nicht zeitweilige Polizeimaßregeln den Namen dieser Zeitung an die Öffentlichkeit brächten.

Obdachs-Statistik. Am 1. Februar d. J. befanden sich im städtischen Obdach 42 Familien mit 128 Personen und 91 Einzelpersonen. Am 1. März war der Bestand 27 Familien mit 92 Personen und 82 Einzelpersonen. Außerdem wurde das Obdach im Laufe des Monats Februar von 44 482 nächtlich Obdachlosen, und zwar von 48 314 Männern und 948 Frauen benutzt. Von diesen Personen wurden 60 hiesigen Krankenhäusern, 115 der Krankenstation des Obdachs, 4 der Anstalt Wuhlgarten und 115 der Polizei überwiesen. — Gebadet haben im Februar im städtischen Obdach 16 082 Personen.

Eine größere Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr wurde Montag Morgen gegen 1/8 Uhr durch das Ausbrechen des Stromschalters an der Weimmeisterstraße herbeigeführt. Hierdurch wurde der gesammte elektrische Straßenbahn- und Pferdebahnverkehr durch die Alte und Neue Schönhauserstraße, sowie durch die Wämg- und Weimmeisterstraße unterbrochen. In kurzer Zeit sammelten sich in diesen Straßenzügen derartige Wagenburgen, daß hierdurch die Störung auf die sämtlichen, durch die Rosenthalerstraße und die Alexanderstraße führenden Linien ausgebeht wurde. Biewohl Elektrotechniker sofort zur Stelle waren und den Ausschalter reparirten, konnte der Betrieb doch erst gegen 8 Uhr früh wieder aufgenommen werden.

Oxyer einer Gasvergiftung sind in der Nacht zum Montag die Fabrikant Krone'schen Eheleute aus der Alexandrinenstr. 47 geworden. Der 39 Jahr alte Edmund Krone, der in der Stallgäßchenstraße 18 mit einem Geschäftsgenossen eine Kunstgießerei betrieb, hatte Sonntag Nachmittag mit seiner Gattin und seinem elfjährigen Sohne einen Ausflug nach der Obersee gemacht, um ein größeres Vergnügungsboot zu kaufen. Nach der Heimkehr am Abend machte Frau Krone auf dem Gasloch noch Thee. Hierbei playte der Gummischlauch an der Pföhne. Frau Krone schnitt ein Stück ab und steckte dann den Schlauch wieder auf. Das Ehepaar und der Knabe legten sich nach dem Abendbrot zur Ruhe. Mann und Frau schliefen in einem Zimmer neben der Küche, der Sohn auf der anderen Seite des Flures in einem besonderen Raume. Als gestern Morgen der Milchmann kam, begeherte er umsonst Einlaß. Eine Schwester der Frau Krone, die auf demselben Flur des Hauses, eines Eckhauses an der Stallgäßchenstraße, wohnt, versuchte ebenfalls umsonst, ihre Verwandten zu weden. Die Thür der Küche, durch die man in das Schlafzimmer gelangt, war verschlossen und niemand antwortete auf das Klingeln und Klopfen. Der Sohn Krone's, den das Klopfen der Tante herbeigeführt hatte, wußte auch nicht, was geschehen sein könnte. Als nun noch die Gefellen kamen, um den Schlüssel zur Gießerei zu holen, ließ man endlich die Thür durch einen Schlosser öffnen und die Polizei holen. Nun fand man die ganze Schlafstube und die Küche mit Gas angefüllt. Der Gummischlauch war in der Nacht wieder abgefallen, und da der Haupthahn und auch der Hahn über dem Schlauche nicht geschlossen waren, so hatte das Gas freien Austritt und war in großer Menge ausgeströmt. Die Thür nach dem Schlafzimmer stand halb auf, und so hatte sich auch dieses bald mit Gas vollständig angefüllt. Krone und seine Frau waren erstikt und lagen todt in ihren Betten. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Die Leichen wurden gegen Mittag nach dem Schauhaufe abgeholt. Des verwaisten Knaben nahmen sich einswetlen die Hausgenossen an. — Der Vater der Frau Krone, deren Mutter noch lebt, ist bei einem Vergewaltigungsfalle zu Tode gekommen.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Mit Bezug auf die Polizei-Verordnung vom 26. März 1870, betreffend die Umzugsstermine beim Wohnungswechsel (Int.-Bl. Nr. 74 vom Jahre 1870) wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der am 1. April d. J. beginnende Umzug bei Keinen aus höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen — da der 2. und 3. April Feiertage sind, an welchen nach § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1884 (G.-E. S. 92), die Umzugspflicht nicht — am 4. April Mittags 12 Uhr, und bei großen, mehr als 4 Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 5. April, Mittags 12 Uhr, beendet sein muß.

Erschossen hat sich Sonntag früh der Gastwirth Richard Scherling aus der Gartenstr. 13, der Inhaber des sogenannten „Boglländischen Opernhauses“. Am Sonnabend Abend hatte Scherling eine Tanzgesellschaft, die bis spät in die Nacht hinein ausbliebt. Kurz vor 4 Uhr Morgens begab er sich in den Garten und schoß sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf. Man brachte den Verwundeten in die Charite, wo er um 8 Uhr Morgens verstarb. Geschäftliche Schwierigkeiten sind die Ursache des Selbstmordes.

Aus Unlach mehrfacher Unglücksfälle, welche auswärts in den letzten Wochen durch Gas-Vadefsen verursacht worden sind, wird das Publikum vom Polizeipräsidium davor gewarnt, Gas-Vadefsen wie auch größere Gasheiz- und Gasloch-Apparate zu demigen, bei denen die Verbrennungsgase nicht in ausreichender Weise ins Freie abgeführt werden.

Von der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde am Sonntag Abend kurz vor 8 Uhr in der Lothringerstraße, nahe dem

Prezidenten Thor, ein Herr in den mittleren Jahren, nachdem er während der Fahrt vom Wagen abgesprungen war. Er erlitt schwere Verletzungen am Schädel und am linken Bein und wurde mittels Krankenwagens nach der k. k. Klinik gebracht.

Gefundene Sachen. In der Woche vom 5. bis 10. März sind in Berlin und sämtlichen Vororten nach Anweisung der Fundliste des General-Fundbureau, Charlottenstr. 93, folgende 208 Gegenstände gefunden worden: 41 Hunde, 2 Pferde, 8 Hühner, 1 Gahn, 10 Portemonnaies, 3 Geldstücke, 11 Uhren, 1 Taumring, 4 Siegelringe, 4 Armbänder, 3 Broschen, 1 Medaille, 1 Korallenkette, 1 Uhrkette, 8 Ornamenten, 1 Kuppe, 11 Schlüssel, 2 Beutel mit Inhalt, 1 Stod, 1 Schirm, 1 Fächer, 2 Muffen, 14 Bekleidungsgegenstände, 25 diverse Sachen, darunter 1 Stück Speck, 1 Saft Hühner, 1 Paket Wäsche, 1 Rolle Draht, 1 Feinzer Fink, 3 Satz Billardbälle, 1 Zither, 1 Klarinette, 1 Mikroskop, 2 Glaschneider, 1 Rosenkranz.

Ein Baumfall mit tödlichem Ausgange hat sich abermals am Sonnabend Nachmittag um 5 Uhr auf dem Grundstück Neue Friedrichstraße 38-40 zugetragen. Der 48 Jahre alte Arbeiter Friedrich Bräunow aus der Keltowitzer Str. 52 stürzte infolge eines Fehltritts von der Treppe des ersten Stockwerkes in das Erdgeschloß hinab und blieb mit zerbrochenem Schädel auf der Stelle todt liegen. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit vier kleinen Kindern.

In dem Konkurs über das Vermögen der Olympia-Theater-Gesellschaft mit beschränkter Haftung fand heute die erste Gläubigerversammlung zur Wahl des Verwalters und zur Verhandlung über die im § 120 der Konkursordnung vorgesehene Fälle bei dem Amtsgericht I statt. Die Lage der Sache ist für die Konkursgläubiger eine sehr frühe, denn die vorerwähnten Forderungen fallen mit 103 888 M. gänzlich aus, und die Passschulden und Kosten dürften nur eine partielle Deckung finden. Der Vorrat beträgt 784 M., der Fundus etwa 4238 M.; letzterer fällt jedoch dem Verwalter zu. Die Nichtschuldigen betragen 29 000 M.; hierzu kommen Gehälter mit 43 000 M., Steuern 1500 M. u., zusammen mithin 73 500 M. Die Gläubiger bestätigten den Kaufmann Dielitz als Verwalter und nahmen von der Einsetzung eines Gläubigerausschusses Abstand.

Wegen verschiedener Schwindelacten ist der Agent Hermann Kalkewitz, der in dem Hause Neue Promenade 7 ein Landwirthschaftl. Schreibbureau, Ban- und Kommissionsgeschäft betrieb, verhaftet worden.

Drei Pferde bei einem Brande erstickt. Sonntag Abend kurz vor 10 Uhr kam Müllerstr. 29 in einem Bourgeoischuppen der Dampf-Schneiderei von Hermann Knipfel, dessen unterstes Geschloß zu Ställen eingerichtet war, ein Brand aus. Eins der in dem Stall befindlichen vier Pferde wurde gerettet. Die Verjagte, auch die übrigen drei Thiere zu retten, scheiterten, da sie sich wie rasend geredeten. Als die Feuerwehr anlangte, waren die armen Thiere bereits derart mitgenommen, daß sie im Stalle zusammenbrachen. Der Schuppen war nicht mehr zu halten, der Dachstuhl wurde vollständig eingestürzt. Dagegen wurden der angrenzende Wagenchuppen sowie das Wohnhaus rechtzeitig geschützt. Wegen Wittermacht war die Gefahr beseitigt.

Der Ausschuh zur Veranstaltung von Volksschauspielen hat beschlossen, am Sonntag, den 26. März, um 7 1/2 Uhr Abends, in der Garnisonstraße, Neue Friedrichstraße 46-48, unter Leitung des k. k. Musikdirektors Herrn C. Rengwein eine Aufführung des Deutschen Requiem von Brahms, dem eine Trauer-Kantate von Gramann voranzugehen soll, zu veranstalten. Um Brahms' Requiem zu hören, wende man sich auch als sozialdemokratischer Arbeiter getroß in eine Kirche wagen, wenn der Eintrittspreis von einer Mark nicht ein wenig hoch wäre.

Im Berliner Aquarium ist jetzt die absonderliche Klasse der Moosthiere, sehr kleine, feststehende und zu rindern oder moos- oder blatt- und korallenähnlichen Kolonien verbundene Wesen, die ob ihrer ganz eigenartigen Organisation ebenso an die Würmer als an die Weichtiere erinnern, in mehreren Gattungen vorhanden; die eine derselben, eine Plutaria aus dem Mittelmeer, weiß die glatte, hornige und dabei große, dreilappige und meist verzweigte Stiele an, während die verfallene, lebende weissen Stiele der Actinaria oder Actinorea korallenartig, netzartig durchbrochen erscheinen. Als merkwürdige, durch Knospung und Theilung entstehende Thierstadien sind auch die Schwämme zu betrachten, von deren unendlicher Mannigfaltigkeit, Zierlichkeit und Schönheit die aus der Adria eingeführten Arten, unter denen vornehmlich ein an Korallen gemahnender prächtig rother Witterschwamm auffällt, ein Bild geben.

Marktpreise von Berlin. 11. März 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 16,00-14,80 M., Roggen 14,20 bis 13,40 M., Futter-Gerste 13,10-12,70 M., ermittelt pro Tonne von der Zentralstelle der preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelzentner. Daser, gute Sorte 15,20-14,70 M., Mittel-Sorte 14,00 bis 14,00 M., geringe Sorte 13,60-13,40 M., Nichtstroh 4,00-3,86 M., Heu 6,90-4,40 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00-25,00 M., Speisebohnen, weiße, 50,00-25,00 M., Linsen 70,00-30,00 M. - Kleinhandelspreise: Kartoffeln 6,00-4,00 M. Alles p. 100 Kilogr. - Rindfleisch von der Keule 1,60-1,20 M., Rindfleisch, Bandfleisch 1,20-1,00 M., Schweinefleisch 1,60-1,20 M., Kalbfleisch 1,00-1,00 M., Hammelfleisch 1,60 bis 1,00 M., Butter 2,60 bis 2,00 M., Alles per 1 Kilogr. Eier 4,00 bis 2,40 M. pr. 60 Stück. Karpfen 2,20 bis 1,20 M., Kalle 3,00 bis 1,00 M., Zander 2,60 bis 1,00 M., Hechte 1,80 bis 1,00 M., Barsche 1,80 bis 0,90 M., Schleie 2,80 bis 1,20 M., Bleie 1,40 bis 0,80 M. Alles per 1 Kilogr. Aepfel 12,00 bis 4,00 M. pr. 60 Stück. - Am Spiritusmarkt waren am Montag die Terminpreise nach anfänglichen Schwankungen gegen Sonnabend kaum verändert, Loko 70er 90 000 Liter mit 40 M. (+ 0,20) gehandelt. - Normale Eier kosteten am Montag je nach Qualität 2,65-2,95 M. pr. Schloß. Ausfortirte kleine Waare je nach Qualität von 2,25-2,35 M. pr. Schloß.

Feuerbericht. Am Sonntag früh gegen 1 Uhr mußte Neue Friedrichstr. 59 ein Kellerbrand abgelöst werden, der die Wehr längere Zeit in Anspruch nahm. Kurz darauf mußte nach Luisen-Platz 44 ausgerückt werden. Gegen 8 Uhr Vormittags wurde die Wehr nach Klosterstr. 79 gerufen, weil dort Wäsche und Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Ein Gardinenbrand rief die Wehr Nachmittag 1 Uhr nach Königstr. 55/56.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Die Parteigenossen, welche sich am Tage der Stadtverordnetenwahl, Mittwoch, den 15. März, dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich zu melden bei Otto Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstraße 238, Louis Herrmann, Pigarenegasse, Kirchhofstraße 1, Emil Reperan, Hermannstr. 50, Münzer, Restaurant, Bergstr. 7; sowie bei den Komiteemitgliedern. Die Parteigenossen werden ferner aufgefordert, Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr, zahlreich zu der Volksversammlung für Männer und Frauen zu erscheinen, welche im Apollo-Theater, Hermannstraße 48/50, mit folgender Tagesordnung stattfindet: Verlesung der Resultate der Stadtverordnetenwahl in der 3. Abtheilung. - Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. (Siehe Annonce und Säulenanschlag.) Das Wahlkomitee.

In Nieder-Schönhausen ist heute bei Sattelorn Leise-Abend des Arbeiter-Vereins.

Ein Dieb, der seit langer Zeit Neubauten heimlichste, ist in Charlottenburg dingfest gemacht worden. Es ist der wegen Diebstahls schon bestrafte Schlosser Neumann aus der Kurfürstenstr. 30 zu Berlin. Nach längerer Beobachtung erwischte man ihn auf einem Neubau in der Anleebstraße. In seinem Besitze fand man auch eine Menge Krankenstuhlfächer und Invalidenversicherungskarten, die er Arbeitern entwendet hat. Gestern wurde der Dieb dem Amtsgerichte zugeführt.

Friedenau. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung kam ein Schreiben des Provinzial-Schulkollegiums zur Verlesung, welches die Bereitwilligkeit ausdrückt, die staatliche Anerkennung des Gymnasiums bei der Regierung zu beantragen; von einer Verlegung der Direktorenwohnung im Schulgebäude müsse jedoch ab-

gesehen werden. Zum Schluß wurde die zweite Lesung des Voranschlags für 1899 vorgenommen. Der Bedürfniszuschuß der Gemeinde für die Volksschule beträgt 40 839,82 M. Der Voranschlag bilanzirt mit 203 800 M.

Achtung, blaue Bohnen! In dem Gelände bei Schönholz mit der Schuchstrich nach dem Bierenberg wird vom 14. bis 16. d. M. und zwar von 7 Uhr Morgens bis Nachmittags 5 Uhr vom 3. Garde-Regiment zu Fuß scharf geschossen. Das Gelände ist für diese Zeit gesperrt.

Zur Ermordung des Handelsmanns Kühle bei Spandau kommt eine wichtige Nachricht aus Breslau. Am Sonntag Abend kam der 20jährige Buchhandlungsgehilfe Arthur Eitner zu einem dortigen Polizeikommissar und gab an, daß er im vorigen Jahre auf dem Wege zwischen Spandau und Berlin einen Heubändler auf seinem Wagen erschlagen und ausgeraubt habe. Der ahnungslose Mann habe auf seinem Wagen geschlafen, während ihm Eitner mit einer Hade den Schädel eingeschlagen und ihm sein Portemonnaie mit 4,30 M. Inhalt geraubt habe. Ferner beschuldigte sich Eitner noch weiterhin, seinem Breslauer Prinzipal nach und nach 750 M. unterschlagen zu haben. Er habe die Selbstanzeige infolge von Gewissensbissen gethan.

Der Ermordete, der Handelsmann Wilhelm Kühle, stammte aus Baaren im Kreise Ostpommern und pflegte regelmäßig mit Heu und Stroch von seinem Dorfe über Spandau nach Berlin zu fahren, um hier die Waaren zu verkaufen. Des Nachts trat er dann regelmäßig die Heimfahrt an. So geschah es auch am 20. November. Am Morgen wurde von Radfahrern der Wagen Kühle's im Gefölz abseits von der Chaussee gefunden; Kühle lag todt auf dem Leiterwagen mit eingeschlagenem Schädel. Er hatte den Erlös der Heufuhr, etwa 40 M., bei sich geführt, das Geld fehlte aber.

Aus Friedrichshagen wird uns von parteigenösslicher Seite geschrieben: Ein demitleidenswerther Anblick ist es, wenn gediente Soldaten in ihrem Alter der Sorge und dem Elend preisgegeben sind. Der seit vierzig Jahren hier wohnhafte Schumacher Friedrich August Wilmann, 61 Jahre alt, irrt völlig erwerbslos im Orte und der Umgegend umher, ohne infolge seines hohen Alters lobnende Beschäftigung zu finden. Die diesige Herberge ist seine Zuflucht, wenn er ein paar Fennige verdient hat oder ihm hier und da von mildthätigen Menschen ein Scherlein spendet worden ist. Seine Brust ist mit Kriegserinnerungs-Medaillen gesäumt. Ist er doch in den Jahren 1866 und 1870/71 gegen die „Erbsünde“ ins Feld gezogen und hat den feindlichen Augen müthig Stand gehalten! Jetzt ist er alt; niemand begehrt seiner, seine Arbeitskraft wird durch jüngere Kräfte ersetzt. Zwar ist ihm vor zwei Jahren gelegentlich der Jentenerlei eine Ehrengeldung zu Theil geworden. Mit einer feierlichen Ansprache hat man ihm die Jentenermedaille an die Brust geheset. Troy aller Oden und Ehrenzeichen aber hungert er weiter. Ein von ihm vor mehreren Jahren an das Kriegsministerium gerichteter Immediatgesuch um Gewährung einer einmaligen Unterstützung wurde dem Bezirkskommando zur Erledigung überwiesen. Von diesem wurde Altmann abschläglich beschieden, „weil er kein pensionsberechtigter Invalid ist“. Doch ein süßer Trost ist dem alten Manne geblieben. Er ist Mitglied des diesigen Kriegervereins, und er weiß, daß er einst, wenn er mit dem irdischen Jammerthel abgeschlossen hat, mit allen militärischen Ehrenbezeugungen zur letzten Ruhe bestattet wird.

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde bekannt gegeben, daß das Kanalisationsprojekt fertig sei und demnächst vorgelegt werde. Troy bedeutender Erhöhung des Etats, die in den Straßendauten ihre Ursache hat, soll kein höherer Steuerzuschlag als im Vorjahre erhoben werden. Die Gemeindevertretung wies den verheiratheten Bureaubeamten eine Wohnungsentwässerung von 400 M. zu, den ledigen eine solche von 240 M., und den Polizeidienern und Polizeibehörden dieselbe Summe. Ferner wurde mitgetheilt, daß wegen Einführung von Gasglühlicht-Beleuchtung mit der Direktion der städtischen Gaswerke in Berlin Verhandlungen schweben. Einer Anregung unserer Parteigenossen Schilling, das Abfuhrwesen in eigene Regie zu nehmen, wurde nicht stattgegeben. Der Etat balancirt insgesamt in Einnahme und Ausgabe mit 560 000 M. - Lebhafte Befremden erregt es am Orte, daß der Dachbedermeister R., der Mitglied der freiwilligen Feuerwehr ist, kürzlich bei einer Uebung vom Ober-Feuerwehmann aufgefordert wurde, seinen Rod auszugeben und ihn einem anderen Mann zu übergeben, der nach der Behauptung des Leiters Soldat gewesen ist und daher besser exerzieren könne. Diese Behandlung des Feuerwehmanns R. wird einer Degradation gleich geachtet. Allgemein fragt man sich, was R., der ein durchaus ehrenwerther Mann ist und in der Feuerwehr seit Jahren peinlich seine Pflicht erfüllt hat, denn eigentlich gethan haben muß, auf daß mit ihm derart verfahren wurde?

Ein frecher Straßencraus ist am Sonnabend in der Kaiserin Augusta-Allee an zwei in Charlottenburger Werk der Firma Siemens u. Halske beschäftigten Arbeitern verübt worden. Sie waren, wie dies an jedem Sonnabend zu geschehen pflegt, mit dem Röhrenwegel für die Arbeiter des Werkes in Martinsfelde bezw. in der Kaiserin Augusta-Allee, das in Säden auf einen Handwagen verladen war, dorthin geschickt worden. In unmittelbarer Nähe des Fabrik-Etablissements der Firma Ludwig Löwe u. Co. wurden nun die Arbeiter von mehreren Männern überfallen, die ihnen, um sie wehrlos zu machen, eine staubartige Masse, wahrscheinlich Pfeffer, in die Augen zu streuen versuchten. Die Arbeiter setzten sich energisch zur Wehr, worauf die Angreifer flüchteten. Der ganze Vorfall hat sich, wie die Ueberfallenen angeben, mit außerordentlicher Schnelligkeit abgepielt; es ist anzunehmen, daß die Straßencraus, von welchen eine genauere Personenbeschreibung noch fehlt, auf ihre Opfer bereits einige Zeit gewartet haben. Die Direktion des Charlottenburger Werkes erstattete von dem Vorfall Anzeige bei der Kriminalpolizei.

Aus Welchesee wird uns geschrieben: Der hiesige Verein der Grundbesitzer erhielt von der „Neuen Berliner Verdebahn“ ein Schreiben des Inhalts, daß mit Beginn des Sommerbetriebes und sobald die bereits beantragte behördliche Genehmigung zur Ausführung von Geleise-Anlagen für eine Haltestelle an der Danzigerstraße eingegangen sein wird, die Linie „Hansaplay-Alexanderplatz bis zur Danzigerstraße“ verlängert werden würde. In dem Schreiben ist ferner davon die Rede, daß die Beschwerden über den auf der Linie Spittelmarkt-Welchesee herrschenden unzureichenden Betrieb nach den Ermittlungen der Gesellschaft unbegründet seien. Wir empfehlen der Direktion der Gesellschaft, ihre „Ermittelungen“ einmal des Morgens oder des Abends, oder auch bei Regenwetter anzustellen, und sind überzeugt, daß, wenn überhaupt der Wille zur Besserung dieser Mißstände vorhanden ist, von einem vollständig ausreichenden Betriebe keine Rede sein kann.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Teltow nahm in ihrer jüngsten Sitzung u. A. den Bericht der eingesetzten Kommission über die Erbauung eines Wasserwerkes in der Stadt Teltow entgegen. Dem Stadtverordneten-Kollegium war vom Magistrat eine Vorlage gemacht worden, deren Annahme seitens der Kommission empfohlen wurde. Die Vorlage enthält im Wesentlichen die Bedingungen für einen mit der Gesellschaft „Deutsche Wasserwerke“ abzuschließenden Vertrag. Die Vorlage wurde angenommen.

Aus Köpenick wird uns berichtet: Vor Kurzem hatte ein Arbeiter wegen eines geringfügigen Vergehens im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis eine Strafe abzuhängen. Mit ihm zusammen in der Zelle war ein dreizehnjähriger Knabe eingesperrt; das Kind hatte die Gefängnisstrafe zu erleiden, weil es Muth an einer Stelle abgeladen hatte, wo dies verboten ist. Die Zelle war unrauber, für beide Personen befand sich in dem Raume nur ein Nachtgeschloß, und Nachts mußten die beiden Gefangenen, um nicht unter der Kälte zu leiden, sich eng aneinander schmiegen. Der Arbeiter theilte diesen Vorfall einem sozialdemokratischen Stadtverordneten mit, und dieser ging zum Bürgermeister, um ihm

die hygienischen und sittlichen Gefahren vorzuhalten, die solche Zustände im Gefolge haben können. Der Bürgermeister sprach unserem Parteigenossen anfänglich das Recht ab, ihm überhaupt die Beschwerde vorzutragen, schließlich meinte er aber doch, daß er sehen wolle, die Sache in Ordnung zu bringen und die Zelle säubern zu lassen. Das Stadtoberhaupt hat denn auch am selben Tage die Zelle reinigen lassen und sich auch um den Knaben gekümmert.

Beim Radfahren schwer verunglückt ist in Charlottenburg der 19 Jahre alte Kaufmann Albert Grimm aus der Scharenstr. 20. Der junge Mann stürzte beim Einbiegen von der Bismarck- in die Wilmersdorferstraße, slog mit dem Kopfe gegen die eiserne Umzäunung eines Baumes und mußte schwer verletzt in das Charlottenburger Krankenhaus gebracht werden.

Gerichts-Zeitung.

Zur Charakteristik der deutschen Rechtsprechung. Die Bezeichnung „Sozialdemokrat“ enthält nach einem Urtheil des Rottowitzer Schöffengerichts eine schwerere Beleidigung als die Bezeichnung „Anarchist“. Ein Freiseur und zwei Eisenbahner hatten sich in einem Lokale über Religionsfragen gestritten, wobei die Eisenbahner den Freiseur einen Sozialdemokraten, dieser seine Gegner Anarchisten nannte. Der Freiseur ging frei aus, die Eisenbahner wurden zu je 25 M. Geldstrafe verurtheilt.

Deutsches Sklaveneben. Auf Verlangen des Hofbesizers Neubert ordnete der Amtsdorfsteher zu Preußisch-Mark an, daß die sechzehnjährige Magd Volz in den von ihr verlassenen Dienst bei dem Besizer Neubert zurückkehre. Der Vater des Mädchens klagte darauf beim Kreisausshuh und machte geltend, seine Tochter hätte jeden Tag gehen können, weil mangels seiner Zustimmung, die bei ihrem jugendlichen Alter nothwendig gewesen wäre, ein rechtsgiltiger Miethsvertrag überhaupt nicht zu Stande gekommen sei. Auch sei dem Mädchen zu schwere Arbeit aufgebürdet worden. Der Kreisausshuh und der Bezirksausshuh in Königsberg wiesen jedoch die Klage mit folgender Begründung ab. Der Kläger wohne im selben Orte wie Neubert und habe trotzdem nicht verhindert, daß seine Tochter bei Neubert in den Dienst trat, er habe also den Antritt des Dienstes gebilligt. Eine solche Duldung lasse aber erkennen, daß es sein Wille gewesen sei, die Tochter den Dienst antreten zu lassen. Unter diesen Umständen habe es einer ausdrücklichen Genehmigung des Vaters nicht mehr bedurft; es handle sich somit um ein rechtsgiltig zu Stande gekommenes Dienstverhältnis. Die Magd hätte aber auch den Dienst selbst dann nicht eigenmächtig verlassen dürfen, wenn ihr zu schwere Arbeit zugemuthet worden wäre. Nach § 85 der Gesinde-Ordnung würde eine solche Ueberbürdung das Gesinde höchstens berechtigen, darüber bei der Polizeibehörde Beschwerde zu führen. Unter den Gründen, die zum sofortigen Verlassen des Dienstes berechtigten, sei zu schwere Arbeit nicht aufgeführt.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unglück in Rußland. Auf der Wladikawkas-Eisenbahn stießen, wie aus Rostow a. Don gemeldet wird, zwei Lokomotiven, welche Arbeiter zur Freimachung der durch Schneeverwehungen gesperrten Geleise mit sich führten, zusammen. Fünf Arbeiter wurden getödtet, fünfzehn verwundet.

Eine Feuerbrunst in Klondike. Dem „Hamb. Corr.“ wird berichtet: Die Goldstadt Dyea in Alaska, die, mitten in den Goldfeldern gelegen, der Mittelpunkt von Tausenden ist, besteht heute nur noch dem Namen nach. Die Stadt ist am Mittwoch der vergangenen Woche ein Raub der Flammen geworden und ist ein Trümmerhaufen. Das Feuer brach am Mittwoch Abend gegen 4 Uhr aus. Der Inhaber eines kleinen Ladens zündete die Vignone-Kampe an, die seinen geringen Vorrath beleuchtete. Die Lampe explodirte dabei und im Rußland der kleine Holzbau in Flammen. Es herrschte seit zwei Tagen ein heftiger Schneesturm, der von Südost durch das Felsengebirge raste und bergeweise Schnee in das Thal schüttete. Kaum war der Schuppen in Flammen aufgegangen, so brannten auch schon ein Duzend mehr oder weniger durch primitive Holzbauten gestützte Zelte, und bald war die ganze Stadt ein Flammenmeer. Fast durchweg bestanden die Wohnungen aus Blockhäusern, schlecht und recht hergestellt aus dem bequemsten Materiale, den Fichten am Waldesabhänge, und neben den Blockhäusern befanden sich ganze Straßen, in denen die Leute nur in Zelten wohnten, sich begnügend mit einem Schlafack und Pelzen als Dede. Da eine Kälte von über 25 Grad Celsius herrschte, war nach dem allgemeinen Ausbruche des Feuers an eine Rettung der Stadt nicht mehr zu denken. Die in ihren Behausungen überaussten Goldsucher eilten in wilder Flucht, Alles im Stiche lassend, den freien Kläsen zu. Der Ort war verloren. Die am Ende von Dyea stehende kleine Kirche brannte bereits am Abend, und die in ihr aufgesammelten frömmen Gaben wurden schnell zu Asche. Wasser war der Kälte wegen unerhältlich, und da die Feuerbrunst überaus schnell um sich griff, ereigneten sich viele Unglücksfälle. Eine Frau und zwei Kinder starben an den Folgen der Brandwunden. Sonst sind unmittelbar durch das Feuer nicht viele Todesfälle veranlaßt worden, doch sind viele Leute, namentlich Frauen, den Entbehrungen und der Kälte zum Opfer gefallen. Heute ist der so schnell entstandene Ort ein Trümmerhaufen, und die Männer bemühen sich, festzustellen, wo ihr Heim - und wo ihr Goldkasten - gestanden hat. Von Viktoria dauert der Strom der Einwanderung fort. Es herrscht bittere Kälte.

Aus Ostrow wird berichtet, daß sich der Distrikts-Kommissar, Premierleutnant A. D. Holz, in Ralschow erschossen hat. Holz ist 44 Jahre alt und verheirathet; da er seit einiger Zeit leidend ist, wird angenommen, daß er sich deshalb das Leben genommen hat.

Ein neuer russischer Eroberungszug. Die russische geographische Gesellschaft rüft aus vom Kaiser gestifteten Mitteln eine neue Expedition zur Erforschung Zentralasiens aus. Die Expedition, für deren Thätigkeit zwei Jahre in Aussicht genommen sind, wird unter der Führung des Leutnants Koslow Petersburg Ende dieses Monats verlassen; sie wird ihren Weg durch die Best-Mongolei und die Wüste Gobi nehmen, das Ranshan-Gebirge überschreiten und durch das Kultur-Gebiet zum Oberlauf des Gelben Flusses vordringen. In Rußland dienen die „Wissenschaftlichen“ Expeditionen bekanntlich stets zur Vorbereitung militärischer Kampagnen. Daß diesmal ein so großes Stück des chinesischen Reiches „erforscht“ werden soll, mag den Zeitverhältnissen entsprechen.

Unwetter in Spanien. Depeschen aus Murcia, Valencia und Alicante berichten über Unwetter und Ueberfluthungen. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser.

Witterungsübersicht vom 13. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer, hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C.	Stationen	Barometer, hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C.
Swinemünde	776	SW	3wolfig	3	Caparanda	750	SW	Schnee	-9
Hamburg	778	SW	1Rebel	2	Petersburg	745	SW	Schnee	-1
Berlin	777	SW	2Reiter	2	Kort	778	SW	1bedekt	9
Biesbaden	775	R	1wolkenl	2	Aberdeen	773	SW	2bedekt	6
Braunau	774	RO	4Reiter	2	Paris	778	R	3wolkenl	6
Wien	774	R	2wolfig	9					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 14. März 1899. Zeitweilig neblig, vielfach heiter bei schwachen nordwestlichen Winden, Nachtfrost und etwas höhere Tagetemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Pfeiler. Wir können derartige Anzeigen nur aufnehmen, wenn sie vom Vertrauensmann oder vom Redaktionsrat abgestempelt sind.

D. 40. Die Anstalt befindet sich jetzt in Jekendorf. Das Bureau ist indessen noch am Urban im Wöchnerinnenheim.

G. N. Wenden Sie sich an die Charite, wo die Herren Geh. Rath König und Professor Hildebrandt Kuffenstr. 2 täglich von 10-12 Uhr für städtische Krankeheiten Polikliniken geöffnet halten.

S. S. 21. Ihre Schwester soll ihren Unfall bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft anmelden. Allerdings ist über ihre Ansprüche sehr zweifelhaft, da sie nicht für den landwirtschaftlichen Betrieb direkt arbeitete.

A. S. 57. Der Betreffende ist nicht froher. - N. S. 1. Kein 2. Bogatoprojekt ist der nichtoffizielle Name für Projekte mit Streifenbetten bis 300 M. 3. Ludek, nicht Ludek. S. 24. 44. Solcher Antrag kann bei dem Gericht gestellt werden. Dies ist aber nicht verpflichtend, dem Antrag hatzugeben. - Abonnent Strauberg. Eine Klage wäre aussichtslos.

- F. C. Velber würde eine Berufung nur unnütze Kosten und Scherereien verursachen. - G. P. Rixdorf. Wegen des Schabenscheres mühten Sie sich mit dem Schädiger in Verbindung setzen. - W., Preis. Kein.

Illustrirte März-Zeitung 1899

Preis pro Exemplar 10 Pfennig.

Zahlreichen Bestellungen steht entgegen

ist soeben erschienen. An künstlerischer Schönheit und Reichhaltigkeit der Illustrationen übertrifft sie alle früheren. Sie enthält Titelbild: Die Freiheit auf der Barrikade. Ein Rollbild: Prometheus und 4 große Legt. Illustrationen: 1. Sokrates, 2. Christus, 3. Auf, 4. Zu Pulver und Blei begnadigt. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Benthstraße 2.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Vater u. Bruder, der Tischler Ferdinand August Schulz, im Alter von 61 Jahren am 12. d. M. nach kurzem Leiden verstorben ist.

Berein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend. Am 10. März verstarb unser Mitglied und Kollege Julius Winderlich.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charite auf Kirchhof (Friedr.) aus statt.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Theilnahme und die überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders 1910b

Emil Scholz sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Herren Meistern, Kollegen u. Kolleginnen der Firma Feitz Kräger unsern tiefgefühltesten Dank.

Ich warne hiermit, meiner Frau Attale Völklein, geb. Kellner, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. G. Völklein, Schankwirth, 1918b

Orts-Frankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe. Den Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnissnahme, daß der Jahresbericht für 1898 erschienen ist und im Kassabureau in Empfang genommen werden kann.

Ich warne Jeden, meiner Frau Anna, geb. Schend, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. (1817b) Otto Zausch.

Blumenhandlung P. Abromelt, Berlin SW., Blücherstr. 7. Eine Zosenerkränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 570b Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2. Widmungskränze, Guirlanden, Ballkränze, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Kränze, Trauerkränze etc. empfiehlt geschmackvoll u. billig Wladislaw Köhler, Landbergerstraße 45, am Alexanderpl. - Serviren 10 pft.

Kränze, Guirlanden, Blumen empfiehlt den Parteilosen A. Nitz, Gärtner, No., Friedenstr. 68. (1137b) 1135b

Kränze und Blumen empfiehlt F. Jacobitz, Kopenstr. 46. Allen meinen werthen Freunden und Kollegen hiermit die ergebene Mittheilung, daß ich am 14. März ein Weiz- u. Bairisch-Bier-Lokal

eröffne und bitte, mich in meinem Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. Ergebenst 1913b Friedr. Joswich, Drechler.

Habe Lausitzer Platz 8 eine Restauration eröffnet und empfehle meine großen Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. 1922b Oswald Klein.

5 1/4 Bld. Brot 50 Pfg. H. Abrecht's Bäckerel, Drangelstr. 9, Krausstr. 19, Goldschmiedstr. 28, Lausitzerstr. 2

Achtung! I. Wahlkreis. Achtung! Dienstag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstraße 20: Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kaden über: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. 2. Diskussion. - Um zahlreichen Besuch bitten

Die Vertrauenspersonen. 209/1

Achtung! Maurer. Achtung! Am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festhale, Kopenstraße 29: Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Kongress der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands eventuell Wahl von Delegirten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches. Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend. J. U.: H. Metzke.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. D. D.

Achtung! Kostüm-Schneider! Achtung! Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: Doffentliche Versammlung der Kostüm-Schneider und -Schneiderinnen.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Situation in der Kostüm-Schneidererei. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. - Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen bitten

184/5 Der Vertrauensmann.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgehilfen Deutschlands (Hilfsk. Berlin). Donnerstag, 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichterstattung vom Sonntag. 3. Diskussion. 4. Die Entwicklung der Arbeitsschwelle. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Versammlung pünktlich eröffnet wird, eine sehr wichtige ist und jedes Mitglied ersucht wird, pünktlich zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Achtung! Achtung! 2 grosse Versammlungen der Arbeiter der städtischen Gasanstalten und Wasserwerke am Mittwoch, 15. März 1899, Abends 8 Uhr, bei Graumann, Naunynstraße 27 und bei Rümmer, Brunnenstraße 188, mit der Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die in den städtischen Gasanstalten und Wasserwerken beschäftigten Personen zu einer vom Magistrat event. zu errichtenden Betriebs-Krankenkasse. 2. Diskussion. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen unbedingt nöthig.

Die Einberufer: P. Bauer, R. Seldel.

Achtung! Schöneberg. Achtung! Am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr, im Saale der „Schloßbrauerei“, Hauptstraße 112: Doffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die Kostwendigkeit der sofortigen Errichtung eines städtischen Krankenkassens. Referent Buchdrucker Schubert. 2. Diskussion. Die Herren Stadtverordneten sind zu dieser Versammlung höflichst eingeladen. 202/13

Der Einberufer.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Dienstag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köllch, Frankfurter Chaussee 120: Volks-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und der neueste Zustand. Referent Genosse Albert Nassini. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann. 222/8

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträge sozialistischer Führer, Vorträge, März etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Kadeln, Broden, Andysen, Wägen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

Arbeiter-Gängerbund Berlins und Umgeg. Sonnabend, den 18. März, im Saale der Brauerei Friedrichshain: Lieder-Abend

Instrumental-Konzert vom Berliner Konzert-Orchester Orgel-Vortrag und Deklamation. Direktion: Herr Gustav Grass. Anfang Abends 8 Uhr. Programm 10 Pfg. Eintritt nur für Mitglieder und deren Damen nach Abgabe der Bundes-Mitgliedskarte. (16/16) Garderobe à Person 10 Pfg. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Achtung! Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-7: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Welche Pflichten haben die Mitglieder des Wahlvereins bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu erfüllen? Referent: Zuhell. 2. Diskussion. Da die Wichtigkeit dieser Versammlung sich von selbst ergibt, so werden alle Mitglieder ersucht, pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein. Mitgliedsbuch legitimirt. 238/4

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Dienstag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Milbrodt's Salon, Müllerstraße 7: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Adolf Thiele über: „Politische Macht und politische Reife“. 2. Diskussion. Regen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Rixdorf. Mittwoch, den 15. März 1899, Abends 8 Uhr, im „Apollo-Theater“, Hermannstraße 48-50: Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: Verkündung der Namen der gewählten Stadtverordneten für Rixdorf III. Abtheilung.

Zur Dedung der Unkosten 10 Pf. Eintritt. Um zahlreiches Besuch bitten (202/12) Das Wahlkomitee.

Achtung! Zementirer u. Bernfsgen. Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstr. 33: Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Stellungnahme zum Bauarbeiter-Kongress. Diskussion. Referent Kollege Wilt. Schulz. Der Einberufer.

Wilmersdorf. Bauarbeiter! Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Klingenberg, Berlinerstr. 40: Oeffentliche Bauarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Mißstände im Baugewerbe. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zum Bauarbeiter-Kongress. 4. Verschiedenes. 131/19

Der Einberufer: Herm. Behrendt, Maurer, Eismaringenstr. 33.

Freunden und Genossen empfehle zum bevorstehenden Feste mein Schnitz- und Stiefelgeschäft nebst Reparaturwerkstatt C. Neumann, Sorauerstr. 25. (6412)

Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in jeder Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Masken-Garderobe gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt Stenzel, Kotlauer Damm 8.

Allerlei Anzeigen. Tager a. g. f. Buchholzerstr. 1. Droffel.

GENERAL-Fundbureau, Charlottenstr. 93. Laube nebst Dampfe sofort veräußert. Raderes Restaurant Brandes, Bohmühlenstr. 128. 1920b

Alte Fahräder werden für 20 M. zu 99er Modell umgebaut. A. Zimmer, Andreadstr. 70.

Fahrräder-Theilzahlung mäßige Anzahlung, lauf. Theilzahlung. 1 Jahr schriftl. Garantie. 33. Cranienstr. 33 II. (11412)

Zwei Herren suchen zum 1. April möb. Schlafst. für Kienstraße oder deren Nähe. Offerten werden unter S. T. Postamt 42 erbeten. 1911b

Schlafst. bei Kolbe, Kopenstr. 94 v. IV.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Bader verlangt Goldbleichfabrik Friedenstr. 10. 1839b

Lüchtige Dreher f. Fahrradtheile (of. gesucht) (1176b) Neu-Ruppiner Fahrradfabrik „Normos“ Hermann Bartel, Neu-Ruppin.

Schlosser, tüchtige, welche selbständig Gaslochmaschinen bauen und hierüber Zeugnisse vorlegen können, werden verlangt. Adressen unter H. 10 an die Exped. dieses Blattes, Benthstr. 3. 1904b

Farbigm. verl. Orienstr. 119. (1912b)

Reinige Glascheile auf Facetten verlangt Gohert, Pringensstr. 32.

Dreher, Drehermeister, Schlosser etc. erhalten für alle Werksstätten lohnenden Reibendendienst. 1927b

Feine Auerleuchtungen. Aug. Lass, Gieschenslein-Galle a. S. 2.

Tücht. Schriftst. verl. sofort gesucht. Fischer, Dresdenstr. 62. 1903b

„Höchster Verdienst“ !! Langestr. 104, IV. 1909b

Schornstein-Maurer für runden Schornstein gesucht. Mittag, Kontr. 159.

Bildhauerlehrl. verlangt Couturier, Daulen-Über 17. M 51/19

Oberhemden-Näherinnen, die große Posten liefern können, suchen Woellhoener & Paech, Wälschfabrik, Holzmarktstr. 3. (18415)

Facett-Arbeiterinnen auf glatte u. veränderte Sachen, 3 bis 5.50 M. Arbeitslohn, verl. Blach, Grämer Weg 12. (1853b)

Gute Umhang-Arbeiterinnen sucht b. hohem Lohn Atelier Anastasia Grün, Jernalemerstr. 23. (1843b)

Kolljaden-Arbeiterinnen verlangt bei viel Arbeit Goldstein, Friedenstr. 93, part. 50 Schuhmacherinnen auf Damen- u. Kinderhüte, im Hause Wischer Kwiletzki, Kommandantenstr. 16, Portal IV. Schneiderinnen sucht Wendlandt, Gabelbergstr. 12. 1905b

Namfeld a. gute Facett, v. 500 an, verl. Gabelberg, Pringensstr. 7, III. 1. Kartonnarbeiterinnen f. dauernde Beschäft. Wallergasse 3 (Gute Stempel) Knabenanzüge. Kolljaden-Arbeiterinnen verlangt. 1910b) Dünnebier, Krausstr. 6 III.

Der Rechenschaftsbericht

Der Berliner Gewerkschafts-Kommission für das Jahr 1898

Ist soeben in Form einer 150 Seiten starken Broschüre erschienen. Ueber die Thätigkeit des Gewerkschafts-Bureaus sagt der Bericht, daß dasselbe von der Berliner Arbeiterkassette in steigendem Maße benutzt wurde.

Die umfangreiche Korrespondenz des Gewerkschaftsbureaus wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: Zur Versendung gelangten 84 350 Paketfahrt-Karten und -Briefe, 1251 Reichspost-Karten und -Briefe, 40 Postanweisungen, 7 Depeschen.

Ueber die sonstigen Arbeiten des Gewerkschaftsbureaus erfahren wir aus dem Bericht, daß es sich mit der Sammlung von Material für die Unfall-, Gewerbe-, Alters- und Invaliditäts-, sowie die Vermögens-Verordnung befaßt hat.

Die Arbeiten des gegenwärtigen Gewerkschaftssekretärs haben sich so gehäuft, daß sich die Anstellung eines zweiten Beamten erforderlich machte, die dem auch im Dezember beschlossen wurde und am 1. April erfolgen wird.

Der Kassensbericht weist eine Jahreseinnahme von 47 068,11 M., und eine Ausgabe von 42 674,32 M. auf. Streikunterstützungen wurden gezahlt: An die Schuhmacher in Berlin 10 599,82 M., an die Weber in Krefeld 4249,65 M., an die Glasarbeiter in Gildburgshausen 687,60 M.

Die agitatorische Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission kam zum Ausdruck in der Veranstaltung von Protestversammlungen gegen den Posadowsky'schen Entschluß und die Justizhausvorlage.

Eine in der Broschüre enthaltene Tabelle giebt die Zahlen der Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen in Berlin an; sie enthält aber keine Angaben darüber, wie viele Arbeiter in den betreffenden Berufen überhaupt beschäftigt sind, und giebt deshalb kein Bild von der wirklichen Stärke der Gewerkschaften.

Thätigkeit des Gewerbegerichts, Handhabung des Vereinsgesetzes, Stankensassenwesen, sowie eine Darstellung über die Thätigkeit der einzelnen Gewerkschaften im verfloffenen Jahre.

Versammlungen.

Die Steinseher hielten am 12. März im Lokale Brunnenstraße 188 eine vom Gesellenauschuss einberufene öffentliche Versammlung ab, die sich eines ungewöhnlich starken Besuches zu erfreuen hatte.

Yellow-Kid-Zigaretten.

für 3 Mark

Beste, sehr groß, zu Raucherzwecken, Reihe zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. 1/2 Gebirgs- und Raucherzwecke, Paletot- und Fohlschneide, so lange der Vorrath reicht im Riesenhoflager 14. Kranzenstr. 14, 1 Et., kein Laden. [228L]

Möbel

Reisepfenden, einfach, v. 20 M. an, feinsten v. 30, Wäschepfenden v. 30, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa v. 25, Bancosofa v. 60, Tischgarnituren l. od. rech. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Rutschbetten mit Decke v. 33, Warmortolletten v. 25, Kommoden, Küchleinische von 16, Sophas, Küchenpfenden von 15, Rohrstühle v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligst. Vollständige Einrichtungen, besonders preiswürdig, transportabel.

Möbel auf Theilzahlung.

unter Garantie, unter solidesten Bedingungen. Schier, Möbelfabrik, Neanderstrasse 13.

der Vorarbeiten für die Zwangsbindung angeblich bis dato keine Zeit gehabt hatte, sich mit der Regelung der Lohnfrage zu beschäftigen. Aus den wenigen eingegangenen Antworten ergab sich, daß zwei der Innungen nicht angehörige Kleinmeister sich mit dem Lohnzins einverstanden erklärten.

Es gelangten dann unter lebhaftem Beifall folgende zwei von Anoll eingebrachte Resolutionen zur einstimmigen Annahme: Resolution I. Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die ernsthaften Bemühungen des Gesellen-Ausschusses zur Aufrechterhaltung geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse von der großen Mehrheit des Unternehmertums bis jetzt so offensichtlich ignoriert wurden.

Die Steinseher Berlins und Umgegend erklären aber trotz alledem, nichts unverzagt lassen zu wollen, um eine friedliche Regelung der Lohnfrage herbeizuführen und beauftragen den Gesellenauschuss (Lohnkommission), in diesem Sinne weiter zu wirken.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission.

Der Fachverein der Musik-Instrumenten-Arbeiter hielt am 6. d. M. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem die Abrechnung vom Weihnachtsfest 1898, nach welcher ein Ueberschuß von 40,05 M. zu verzeichnen ist, gegeben, hielt Gen. Dr. Bernstein einen Vortrag über: „Moderne Gesundheitspflege“.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Graunwald als Kassirer und Growitz als Bibliothekar gewählt. In die Werkstattkontroll-Kommission wurden die Kollegen Riech, John, Dietrich, Reihner, Hiesfeld, Gedlich und Klitz gewählt.

Die Handels-Silberarbeiter (lokaler Richtung) hielten am 6. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Siegfried in der üblichen Weise gelehrt.

In einer von 150 Personen besuchten Versammlung der Graveure und Ziseleure, welche am 7. März im Dresdener Garten tagte, sprach Reichstags-Abgeordneter Fritz Rubel über: Die Koalitionsfreiheit und der Zuschusskurs im Lichte der Thatsachen. Dem anregenden Vortrage folgte der Jahresbericht des Vertrauensmannes.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Friedrichsberg und Umgegend hielt am Dienstag, den 7. März, seine Mitglieder-Versammlung ab. Hel. Waader sprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über Proletariat und Arbeiter.

Verband der in Buchbindereien etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am Dienstag, den 7. d. M. eine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Ad. Hoffmann über: Himmel, Hölle und ihre Bewohner referierte.

Im Verein der Plätterinnen sprach am 7. März Frau Emma Schulz über die Lehrlingsausbeutung in den Wäsche-fabriken. In der Diskussion wurden eine Anzahl Wäsche-fabriken im Allgemeinen, und die Firma W o l f u n d S a m a n n, W r e m m e n s t r. 102, einer besonders scharfen Kritik unterzogen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Werkstatt-Vertrauensmänner-Versammlung der Musik-Instrumenten-Arbeiter vom 8. März. Zum 1. Punkt berichtet Böske namens der Kommission über die Regelung der Differenzen bei Rieber u. Co.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Die Holz- und Bretterträger wählten am 5. d. M. in einer gut besuchten Versammlung Joseph Overbeek zum Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission. Sodann wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen.

Das beliebteste Getränk! M. & W. Müller's Nordlicht à Original-Literflasche 1,00 Mark. Nordlicht-Magenwein besteht aus Nordlicht 744L mit süßem Ugarwein. Klüßlich in allen besseren Colonial- und Destillations-Geschäften. Originalflasche 1,25 Mark. Kornbranntweinbrennerei Berlin, Waldemar-Strasse 29.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Barg-Magazin und Beerdigungs-Comtoir. Berlin NW., Bremerstrasse 87. 2. Geschäft: Thurmtstrasse 81. [10029*]

Möbelspeicher. Fabrik u. Lager kompl. Wohnungs-Einrichtungen. Billigste Preise. Auch wird Theilzahlung gestattet. [11209*] J. Kelm, Tischlermeister, Rottbuser Ufer 52, an der Admiralsbrücke.

Milchkübel, Kannen, Satten, Gemüse, Wiegenschalen, Buttermaschinen, Butterknetter sowie sämtliche milchwirtschaftliche Bedarfsartikel. Herm. Jordan Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28. Filiale: Haldestr. 73, Lehrter Elgute-Bahn. Telephon VII. 3183. [1117*]

Sophastoffe und Kasse. auch in Klipp, Damak, Krebe, Whantale, Gobelins und Blüch spitzbillig! [6129*] Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Oranienstr. Nr. 158. Käuferstoffe Emil Lefevre, Tischlermeister, Invalidenstr. 13. Später: Pariterstr. 4. I. Etage.

Möbel und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Hause. [11169*] Tischlermeister, Bukow, Invalidenstr. 13. Später: Pariterstr. 4. I. Etage.

Joseph Peter, Goldwaaren-Handlung, Strang reelle Bodensung. 81. Petersburgerstr. 81. Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge in Tuch, Seide, Diagonal- und covercoats-Stoffen, 12-27 M. 1. und 2. reihig. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 Rottb. 26. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel und Polsterwaaren. Großes Lager. Giebene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt. Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! * Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlose Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprochstr. 9-7.

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 14. März.
Opernhaus. Umlinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Cäsar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 1/2 Uhr: Die Palästinafahrt des deutschen Kaiserpaars.
Deutsches. Fuhrmann Gemischel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Der Schlafwagen. Kontrast. Vorder: Zum Umlinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Renaud. Joga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Verbotene Früchte. Vorder: Die Neuenmühlchen. Anfang 8 Uhr.
Westen. Das Mädchen des Eremiten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Yuppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der goldene Zylinder. Anfang 8 Uhr.
Volk-Raffa. Das Mädchen von Schönberg. Anfang 8 Uhr.
Chad. Der deutsche Michel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Willhelmsbildnis. Fuhrmann Gemischel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Perlen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturbühne. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittag ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.
Zweifelstrasse 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: Gold und Silber.
(Experimentalchemie 10.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Italienisches Marionetten-Theater.
Heute 2 Vorstellungen um 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Palästinafahrt des Kaisers.



Gebrüder Richter-Theater

57 Lothringer-Strasse 57.
Novität: **Water und Bohu.**
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Schauspielhaus. W. Richter.
Vorder: **Wie denken Sie darüber?**
Poffe in 1 Akt von Carl Des.
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich mit großem Erfolg!
Tobias' Brautfahrt!
Poffe mit Gesang von Oskar Ritter Nober.
Real! Real! Real!
Das jeden Abend stürmisch behauchte Gesangsduett
Ada und Ottfried Relay.
Real! Real! Real!
Hahnemann & Kahnemann.
Urbrautiger Schwant u. G. Braune.
Dazu der ausgezeichnete Spezialitäten-Theat. mit täglich wechselnd. Programm.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.
Eintritt an Sonn- und Wochentagen nur 30 Pf.
Borgungsbillets haben Vorrang.

Castan's Panoptikum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Luisen-Theater

31. Dicksbergerstrasse 31.
Abends 8 Uhr:
(Novität!) (Novität!)
Zum goldenen Cylinder.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten nach einem vorhandenen Stoffe für das Luisen-Theater bearbeitet von Richard Brodel. Musik von Fritz Krause.
Mittwoch: Zum 1. Male: Das bewusste Haupt oder: Der lange Zerkel. Schauspiel in 4 Akten von Robert Benedix.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Kolossaler Lacherfolg über die Gesangsposse
Berliner Waschermädel.
Freibolin Poffe: Dr. Winkler.
Großer Jubel. Stürm. Beifall.
Vergleichen mit Quartett.
- Pützarella. - Nanan. - Alfredo Truppe. Helma Mithen. Ernst Sprecher. Gust. Schmidt. Ada und Victor. Helena Voss.
Lebende Photographien.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 8 Uhr.
Billet-Sort. Sort. v. 11-1 Uhr.
Donnerstag, den 23. März.
Benefiz für die beliebte Soubrette Helene Voss.

Apollo-Theater.

Das beste Programm der Saison
Wallno & Mertens
Curtis & Gordon
Scheherazade
The 5 Julians
3 Yoscarys
Segommer
Freedgy
Sidley
Barma
Sato
etc.
Vorverkauf täglich im Theater u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 99.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 43.
Täglich:
Hoffmann's Quartett. Humoristen
Theaterskandal
dazu:
Der Jubilar.
In Vorbereitung:
Italiano Berolina.



Mähr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Rezept gegen Schwiemütter und im wunderschönen Monat Mai. Spezialitäten.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten.
Sonntags Anfang 8 Uhr.
Avis! Am 14. März cr.: Benefiz für Klara Hays.

Wiener Volks-Theater

Oranienstrasse 52 (Nördl. Platz).
Heute 2 Vorstellungen.
Abends 8 1/2 Uhr: „Unschuldig“
Vollständ. in 4 Akten von Leopold Friedl. Weiss. Von 7 Uhr an: Humortische und erste Gesangsbeiträge.
Nachmittags 3 Uhr: „Unschuldig“ zu halben Preisen.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel, Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Stöhl, Schreiber und Schrader.)
Zum viertletzten Male:
Frauen-Emanzipation
Lagedstoffe von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.



W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der liebe Onkel.
Schwank in 4 Akten von Rudolf Kneifel.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Circus Busch

Nur noch kurze Zeit.
Dienstag, den 14. März 1899:
Elite-Abend.
Zum 120. Male:
PERSIEN.
Außerdem: Die Kraftturner Sandor Vro. Der außergewöhnliche Reitspieler Alfred Leon als Boden. In der Tanzstunde, Schulquadrille. Direktor Busch mit seinen vorzüglichsten Dressuren. Klown Ostler mit seinen dreifachen Akrobaten. Gigeri-Klown Dantsch. Der Berliner Klown Bogdanowky als Tanzturner.
Mittwoch, den 15. März, Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**
Sonntag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr: **Persien.**

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Härt.
Täglich:
Großes Konzert
der Handpelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Körner und Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des Humoristen Gustav Kluck.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Schauspielhaus:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Eintritt 30 Pf., Borgungsbillets 15 Pf.



Jmbs' Festsäle

(Ostbahn-Park)
71 Rüdigerstrasse 71, am Rühmer Platz.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
Herrn Göme, Cahndley, Zimmermann, Stangenberg, Grabow und Raake.
Nachher: **Frei-Tanzkränzchen.**

Bayrisch. Malzbier-Brauerei

Marlenburgerstr. 17.
Mittwoch, den 15. März cr.:
Märzen-Weissbier
2 Ltr. 25 Pf. 1111L*

Rum

Felber zu machen
nehme man 1 Originals. Reichel's Echte Jamaica-Rum-Basis für 75 Pf., 1 Liter Weingeist (Spiritus vini) zu 1,40 Mk. und 1 Liter Wasser.
Die Mischung ergibt einen feinen kräftigen Rum von dem wunderbaren Aroma u. Geschmack des Jamaica-Rums, da meine Jamaica-Rum-Basis dieselben eigenartigen Vorzüge und Merkmale in Natur besitzt. Der daraus bereitete Rum ist im Verhältnis eine naturgetreue Wiedergabe des echten Jamaica-Rums und eignet sich vorzugsweise zur Thee- u. Grobherstellung.
Echt nur in Originalflaschen mit meinem Namenszug und einzig und allein nur direkt bei **OTTO REICHEL, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. IV 3190.** Auf je 6 Flaschen außerdem gratis. Bei 12 Flaschen außerdem gratis Deutschland. Verkaufsstellen nirgends! Rufendurch meine Geispanne frei Haus, selbst einzelne Flaschen, auch Weingeist. Kundwärts durch die Post.
Die Selbstbereitung von Cognac, Nordhäuser und an 50 Sorten feinsten Magenbitter, mit dem Combinirten Original-Reichel-Essenzen (Patentamtlich geschützt).
Tausende ehrenvolle Anerkennungen. Doppelt mit Rezepten gratis und franco, nebst Rezept zu hochfeinem **Eier-Cognac.**
beim u. Theilhabung, billigt Frankfurt a. M. 110 1, Ecke Königbergerstr.

Möbel, Gänsefedern 60 Pf.

er. Pf. (größen zum Rollen).
Schlafkissen, wie sie v. Gans fallen, mit allen Daunen N. 1,50, (schwerer Gänsefedern) N. 2,00, bessere daunige Waare N. 2,50, 3,00, beste schwerer N. 3,50, erste Daunen N. 3,50, weiße Daunen N. 3,00, gefüllte Federen N. 1,50, 2,00, 2,50, Prima gefüllte N. 3,00, 2,50, Dresden große Ladung. Berlin S. Gustav Lustig, Oranienstr. 46a, Ecke Bettfedernfabrik m. elect. Dreibe. Die Anfertigungsschrift.

Großer Möbelverkauf

Schulzeinstr. 2, Ecke Friedrichstraße.
Wegen Aufgabe meines Möbelfabrikgeschäftes sollen diese Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochelegante 400 bis 4000 Mk. Gebrauchte Möbel können bis 5. April sehen, werden durch eigene Geispanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Auch gebe ich an sichere Deute auf Theilhabung.

„Jägerhaus“

Schuhmacher Allee 103. Täglich: Großes Volksfest. Eintritt frei!
Zur Sommer Saison 1899. 11549*
Achtung! Naturgarten mit Laubengang. Vereine!
Vollständig neu eing. (500 Pers. fassend). Elektr. Beleuchtung.
Besitzer H. Nieft, Sonnabend frei.
Flora-Säle, 17. Weberstr. 17. Sonntags frei.

Halt! Halt!

Halt! Halt!

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Silberne Spindel-Reinigungs, auf 6 Steine gehend, von 12 Mk. an. Regulatore mit Schlagwerk, 14 Tage gehend, von 15 Mk. an. Ridel-Weder, große schräge Form, von 1,70 Mk. an. Dito in Holzgehäuse 3 Mk. 70 Pf. Schwarzwälder Wanduhren von 3 Mk. an.
T. Stolz, N. Chausseestrasse 78. E. Rothert, O. Andreasstrasse 62.



Karol Weil's Seifenextrakt

ist an die hundert Male nachgeahmt, aber niemals in Qualität erreicht worden. Achtet deshalb auf unsere Schutzmarke „Waschfass“.

Bettfedern-Ausverkauf

1898er Waare, so lange der Vorrath reicht, per Pfund von 50 Pf. an bis zu den feinsten. Geflügel-Handlung, Petriplatz 4. Nr. 2133.

Die schönsten Schmucks

mit Opalen, Türkisen, Rubinen und anderen Edelsteinen gefasst, in neuen, reizenden Mustern zur Einsegnung fertig zusammengestellt, in massiv Gold und Gold double, ferner goldene Ringe in grösster Auswahl empfiehlt (1139L*)
Goldwaaren-Lager, Max Busse, Brunnenstr. 175.



Großer Möbelverkauf

Oranienstrasse 73, an der Kommandantenstrasse (früher Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Braunkente, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Anspruch mein kolossales Lager vorzutreten zu beschließen. Verlangen Sie nicht Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinfäufe und Erparung der theuren Ladekosten bin ich in der Lage, hiesige und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochlegante von 500-5000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungs-Einrichtungen auf Theilzahlung unter den kausantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Braunkente erhalten höchstes Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 18, Waschtisch, Küchenschrank 18, Kommode 15, Spiegel 7, Rauchschloß 18, Bettstühle mit Matratze 18 Mk., Kuchentisch u. Mahagoni furnirte Kleiderständer, Bettst. 22 Mk., Rauchschloß mit Sprungfederboden 40, elegante Säulenkommode 45 Mk., Salongarnitur 60, 75 und 105 Mk., Paneele mit Sattelstühlen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgezeichnete Buffet 100 Mk. In ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe vertrieben gewesener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gebrauchte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Geispanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Maschinenball

Schuhe und Stiefel werden von liehen Sorauerstr. 25. (6412*)

Maschinen-Costume

verleiht billig
Fr. C. Frommholz, Gläserstr. 78, Ecke Ackerstr.
Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Preis von 1 Mk. 50 ab. (1065*L)

Schlaf-Sophas

mit Kissen 32 Mark, Divan mit Sattelstühlen u. Tischfassung 68 Mk. (Konkurrenz amonciert solche m. 85 Mk.)
Ruhebett 28 Mk. Garnitur gewebtes Kissen u. Seitenpolsterfassung 120 Mk. Gebrauchtes Sopha, neu bezogen 18 Mk. 50 Pf. Garantie.
Polstermöbel-Fabrik
Müllerstr. 3a (am Weddingplatz), Hof, Fabrikgebäude part. (1182*)

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 Mk. fertige feine Sommer-Parasol nach Maß.
Riesenschlafger
Krausenstr. 14. I (kein Baden).
Möbel, einzeln wie in ganzen Wohnungen, so billig. Gebrauchte u. vertiebt gewesene Möbel zu besonders niedrigen Preisen jetzt
Cranienerstr. 91 im Baden.

M. Krüger's Speise-Leinöl

frisch und garantiert rein nur aus solchen Flaschen abert! Ausfl. Engros & Lager
SO., Skalitzerstr. 105.
Zähne 1,50 Mk. Reparaturen 2 Mk. Schmerzl. Holm. ziehen 1 Mk. Blumen 1 Mk. xc. E. Fuhrmann, Dentist, Schwedterstr. 245 a. Ecke Rastauer-Allee. 6258*



Möbel-Ausstellung

166 II. Oranien-Strasse 166 II.
am Oranienplatz.

Selten günstiges Angebot!

Dauerhafte Auszieh-Tische 14,50.
Bettstelle, nussbaum poliert, mit Federmatratze u. Keilissen, dauerh. Polster, gut. Dreß Mk. 24,-.
Außerdem reichhaltige Auswahl in einfachen sowie besseren Wohnungseinrichtungen. Beschäftigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Kleiderschrank m. Muschelaufsatz 20,-

Schlafsofa mit Sitzauszug, gutem Polster und dauerhaftem Bezug, Mk. 33,-.
zu enorm billigen Preisen.